

N i e d e r s c h r i f t

**der 36. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
26.09.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 19:22 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|--|-----------------------------|-----------------------------|
| Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados | | |
| Herr Harald Bartl | Stadtratsvorsitzender | |
| Frau Dr. Annegret Bergner | CDU | Teilnahme bis 19:38 Uhr |
| Herr Bernhard Bönisch | CDU | Teilnahme ab 14:08 Uhr |
| Herr Jürgen Busse | CDU | |
| Herr Lothar Dieringer | parteilos | Teilnahme bis 19:34 Uhr |
| Herr Roland Hildebrandt | CDU | |
| Herr Raik Müller | CDU | |
| Herr Andreas Schachtschneider | CDU | Teilnahme 14:17 - 19:34 Uhr |
| Herr Andreas Scholtyssek | CDU | |
| Herr Michael Sprung | CDU | |
| Herr Dr. Erwin Bartsch | parteilos | Teilnahme ab 14:07 Uhr |
| Frau Ute Haupt | DIE LINKE. | |
| Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck | DIE LINKE. | Teilnahme 14:26 - 19:34 Uhr |
| Herr Hendrik Lange | DIE LINKE. | Teilnahme ab 14:23 Uhr |
| Frau Birgit Leibrich | parteilos | |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE. | |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | |
| Herr Rudenz Schramm | parteilos | Teilnahme ab 14:06 Uhr |
| Herr Olaf Sieber | DIE LINKE. | Teilnahme ab 14:03 Uhr |
| Herr René Trömel | DIE LINKE. | |
| Herr Dr. Mohamed Yousif | DIE LINKE. | Teilnahme bis 18:34 Uhr |
| Herr Robert Bonan | parteilos | Teilnahme 14:08 - 20:14 Uhr |
| Herr Dr. Karamba Diaby | SPD | Teilnahme 14:16 - 17:59 Uhr |
| Frau Gertrud Ewert | SPD | |
| Herr Thomas Felke | SPD | Teilnahme bis 18:47 Uhr |
| Frau Hanna Haupt | SPD | |
| Frau Katharina Hintz | SPD | Teilnahme 14:16 - 20:09 Uhr |
| Herr Klaus Hopfgarten | SPD | Teilnahme bis 19:34 Uhr |
| Herr Gottfried Koehn | SPD | |
| Herr Johannes Krause | SPD | |
| Herr Dr. med. Detlef Wend | SPD | Teilnahme 14:14 - 19:53 Uhr |
| Herr Andreas Hajek | parteilos | Teilnahme ab 14:06 Uhr |
| Herr Gerry Kley | FDP | Teilnahme bis 19:34 Uhr |
| Frau Katja Raab | FDP | |
| Herr Manfred Schuster | DIE GRAUEN/Volkssolidarität | Teilnahme 14:07 - 18:32 Uhr |
| Frau Martina Wildgrube | FDP | Teilnahme bis 16:47 Uhr |
| Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber | FDP | |
| Herr Denis Häder | MitBÜRGER für Halle | Teilnahme ab 14:04 Uhr |
| Herr Manfred Sommer | MitBÜRGER für Halle | |
| Herr Dietrich Strech | MitBÜRGER für Halle | |
| Frau Sabine Wolff | NEUES FORUM | |
| Herr Tom Wolter | MitBÜRGER für Halle | Teilnahme 14:04 - 18:24 Uhr |
| Frau Dr. Inés Brock | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| Frau Elisabeth Krausbeck | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| Herr Christoph Menn | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Teilnahme bis 18:42 Uhr |
| Herr Dietmar Weihrich | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Teilnahme ab 14:17 Uhr |
| Herr Gerhard Pitsch | NPD | |

| | |
|------------------------|-------------------|
| Herr Egbert Geier | Bürgermeister |
| Herr Uwe Stäglin | Beigeordneter |
| Herr Dr. Bernd Wiegand | Beigeordneter |
| Herr Tobias Kogge | Beigeordneter |
| Herr Wolfram Neumann | Beigeordneter |
| Frau Anja Schneider | Protokollführerin |

Entschuldigt fehlen:

| | |
|------------------------------|-----------------------|
| Herr Martin Bauersfeld | CDU |
| Herr Werner Misch | CDU |
| Herr Frank Sängler | CDU |
| Frau Dr. Ulrike Wünscher | CDU |
| Herr Uwe Heft | parteilos |
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. |
| Frau Dr. Petra Sitte | DIE LINKE. |
| Herr Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD |
| Herr Oliver Paulsen | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |

Gäste zu TOP 5.2:

| | |
|---------------------|---------------------|
| Herr Eberhard Doege | Beigeordneter a. D. |
| Frau Rita Lachky | Verwaltung |

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Roland Wustlich, wohnhaft in Halle (Saale), bezog sich auf den TOP 7.9

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in
Dörlau
Vorlage: V/2012/10996

und bat die Verwaltung um schnellstmögliche Erteilung der Baugenehmigung für den vorgesehenen Discounter in der Alfred-Oelßner-Straße. Seit 2007 laufe das Verfahren dazu. Nun soll der Investor des Discounters möglicherweise am Ausbau der dort befindlichen Straßenkreuzung beteiligt werden. Dadurch seien weitere Verzögerungen zu erwarten.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass man sich in einem laufenden Bebauungsplanverfahren befinde und dabei die Frage der Verkehrsauswirkung intensiv betrachtet werde. Im Zuge dessen wurden in den letzten Monaten verschiedene Varianten eines Umbaus der Straßenkreuzung einschließlich der Kosten geprüft.

Allerdings erfolge derzeit eine weitere Prüfung, ob aufgrund der vorgesehenen Errichtung des Discounters ein Umbau der Straßenkreuzung erforderlich sei. Er gehe davon aus, dass die Prüfungen in diesem Jahr abgeschlossen werden können.

Herr Prof. Dr. Georg Breidenstein, wohnhaft in Halle (Saale), äußerte sich zu den vorgesehenen Baumaßnahmen der HWG am ehemaligen Regierungspräsidium im Paulusviertel mit folgender Frage:

Ist es richtig, dass es für diese Baumaßnahmen keinen Bebauungsplan geben wird?
Wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor?

Aufgrund der Baumaßnahmen wäre eine weitere Verdichtung des Straßenverkehrs zu erwarten. Zudem werde seinen Informationen zufolge ebenso eine Vielzahl von Bäumen gefällt.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, dass nach Prüfung durch die Verwaltung eine Genehmigung der Baumaßnahmen nach § 34 BauGB möglich sei, da es sich um ein Vorhaben im sogenannten Innenbereich handele, welches sich einfüge. Aus diesem Grund bedarf es keines Bebauungsplanes. Dies gelte sowohl für die Nutzung des ehemaligen Verwaltungsstandortes als auch für die vorgesehene Neubebauung.

Hinsichtlich der Verkehrsauswirkung machte **Herr Beigeordneter Stäglich** deutlich, dass die Stadtverwaltung hierzu nicht direkt einbezogen war. Die HWG werde dahin gehend einen entsprechenden Bauantrag bei der Stadtverwaltung stellen, so dass im Zuge dieses Verfahrens die notwendigen Punkte zur Frage der Verkehrsbelastung geprüft werden.

Herr Hagen Schaarschmidt, wohnhaft in Halle (Saale), äußerte sich zum TOP 6.16

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779

mit folgender Frage an die Oberbürgermeisterin:

Bleiben Sie bei Ihrer Empfehlung, die Umbenennung der Philipp-Müller-Straße nicht rückgängig zu machen und diesen Namen aus dem Stadtbild zu streichen, obwohl zahlreiche Bürger der Stadt Halle für den Erhalt des Namens Philipp Müller sind und in der Stadt Essen mit Unterstützung der SPD eine Ehrentafel für Philipp Müller eingeweiht wurde?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte zum Ausdruck, dass auch eine Vielzahl von Bürgern die Umbenennung befürworten und sie insofern keine Veranlassung sehe, von der Empfehlung abzurücken.

Herr Erwin Schuster, wohnhaft in Halle (Saale), äußerte sich zum Geschäftsführer der Stadtmarketing GmbH mit folgenden Fragen:

Ist die Aussage von Herrn Beigeordneten Neumann, dass die Arbeit der Geschäftsführung der Stadtmarketing GmbH zurückblickend überwiegend positiv war, ausreichend, wenn es um die Besetzung eines der wichtigsten Stellen bei der Vermarktung und Außenwirkung der Stadt Halle geht?

Sind Kreativität, Tatendrang und Leidenschaft für die Aufgabe eher hinderlich und daher zweitrangig?

Worin besteht der aktuelle Anlass für die eilige Entscheidung über die Fortsetzung des Anstellungsvertrages?

Können konkret drei überwiegend positive regionale und überregionale Erfolge der Stadtmarketing GmbH genannt werden?

Wie sehen das Konzept und die konkreten Maßnahmen für die Zukunft aus? Aktuell mangelt es beim Stadtmarketing bereits an grundlegenden Werkzeugen, wie z. B. einer modernen und informativen Internet- oder einer Facebook-Seite, um überhaupt über die eigenen Tätigkeiten zu berichten.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, wies darauf hin, dass in den vergangenen vier Jahren die Tourismus- und Übernachtungszahlen sowie die Anzahl der Studenten und die Gewerbesteuererinnahmen gestiegen seien. Ebenso wäre die die Einwohnerzahl angestiegen. Zudem konnte durch den Geschäftsführer, Herrn Voß, die Zusammenarbeit mit der Universität verstärkt werden. Insofern habe die Stadtmarketing GmbH die Arbeit des Stadtrates, der Stadtverwaltung und der Tourismusbetriebe in der Stadt Halle unterstützt.

Für die kommenden Jahre, so **Herr Beigeordneter Neumann** weiter, sei vorrangig Ziel, zusammen mit der Universität die Bekanntheit und das Image der Stadt Halle überregional weiter zu erhöhen.

Herr Schuster merkte an, dass entsprechend des statistischen Landesamtes von Januar bis Ende April dieses Jahres ein Einwohnerrückgang in der Stadt Halle von 393 Einwohnern zu verzeichnen war. Zudem habe er konkrete nachvollziehbare Beispiele erwartet, bei denen über die Stadt Halle überregional positiv berichtet wurde.

Herr Torsten Fritz, wohnhaft in Halle (Saale), bezog sich auf die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle und stellte die rechtlichen Probleme dar. In zwei der eingereichten Klageverfahren gegen die Abfallgebührensatzung wurde das Einnahmeverhalten der Stadt Halle als rechtswidrig befunden.

Die Stadt habe in ihrer Begründung zur eingereichten Berufung in einem der beiden Verfahren erklärt, dass die Abfallgebührensatzung grundlegend überarbeitet werden soll. Damit werde das eigentliche Problem, das möglicherweise auch das Strafrecht berühre, aber nicht gelöst.

In Anbetracht dessen bat **Herr Fritz** um Prüfung möglicher strafrechtlicher Umstände sowie um eine nachhaltige Prüfung der neuen Abfallgebührensatzung. Zudem bot er seine Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit an.

Abschließend merkte **Herr Fritz** an, dass er bei den Mitarbeitern der Geschäftsstelle Stadtrat für die Oberbürgermeisterin, Herrn Beigeordneten Stäglin sowie für die Stadträte entsprechende Unterlagen dazu abgegeben habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich und sagte eine Prüfung der von Herrn Fritz angesprochenen Punkte zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat Herrn Godenrath um Mitteilung zu den Ergebnissen der Stadtverwaltung bei Sportveranstaltungen.

Herr Godenrath, Ressortleiter Sport, informierte über die stattgefundenen Sportveranstaltungen und Ergebnisse, bei denen die Stadt Halle vertreten war:

- 3. Platz beim Behördenmarathon
- Sieger des Fußballturniers im Rahmen der interkulturellen Woche
- Fußballspiel Stadtauswahl Karlsruhe gegen Stadtauswahl Halle anlässlich des Punktspiels in der 3. Liga Karlsruher SC - HFC

Anschließend übergab **Herr Godenrath** der Oberbürgermeisterin den Pokal des Fußballturniers im Rahmen der interkulturellen Woche sowie einen Fanschal vom Karlsruher SC.

Darüber hinaus bat **Herr Godenrath** um Unterstützung bei der Vorbereitung eines weiteren Fußballspiels der beiden Stadtmannschaften aus Karlsruhe und Halle im Rahmen des Rückspiels in der 3. Liga zwischen dem HFC und dem Karlsruher SC am 08.12.2012.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bedankte sich bei Herrn Godenrath und sagte ihre Unterstützung zu.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass der Beamer defekt sei und lediglich ein leistungsschwächerer Beamer als Ersatz zur Verfügung stand. Er bat um Verständnis für die undeutliche Darstellung.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 36. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (82,46 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.5 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762
es erfolgte noch keine Abstimmung in den Fachausschüssen
- TOP 5.12 Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2012/10929
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.09.2012 vertagt
- TOP 5.18 Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: V/2012/10934
im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten am 14.09.2012 vertagt
- TOP 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10869
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt
- TOP 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt

- TOP 6.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Sicherungsmaßnahmen am Osendorfer See
Vorlage: V/2012/10854
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt
- TOP 6.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
im Bildungsausschuss am 04.09.2012 vertagt
- TOP 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 vertagt
- TOP 6.7 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk
Vorlage: V/2012/10785
durch Antragsteller im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 11.09.2012 zurückgezogen
- TOP 6.8 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Aufstellen einer Halbampele an der Haltestelle „Diakoniewerk Halle“
Vorlage: V/2012/10786
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 11.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt
- TOP 6.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.09.2012 vertagt
- TOP 6.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle
Vorlage: V/2012/10689
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 durch Antragsteller für erledigt erklärt
- TOP 6.13.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Darstellung von Folgekosten für Baumnachpflanzungen in Beschlussvorlagen
Vorlage: V/2012/10895
erledigt, durch Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 11.09.2012 übernommen
- TOP 6.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice
Vorlage: V/2012/10780
im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012 vertagt

- TOP 6.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha
Vorlage: V/2012/10783
im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 11.09.2012 vertagt
- TOP 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung
Vorlage: V/2012/10782
Beantwortung erfolgt im I. Quartal 2013
-

Darüber hinaus informierte **Herr Bartl**, dass ein Dringlichkeitsantrag vorliege:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl des Ausländerbeirats im November 2012
Vorlage: V/2012/11039

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete die Dringlichkeit. Seitens der Stadtverwaltung wurde unter dem TOP 9.2 über die Ausländerbeiratswahl 2012 zur heutigen Sitzung informiert. Bislang sei allerdings nicht ersichtlich, inwiefern die Stadtverwaltung sich bemühen werde, die Öffentlichkeit auf diese Wahl aufmerksam zu machen und somit die Wahlbeteiligung möglicherweise zu erhöhen. Eine Behandlung des Antrages in der Stadtratssitzung Oktober wäre zu spät, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, sprach sich gegen den Dringlichkeitsantrag aus. Analog der letzten Wahl des Ausländerbeirats werde vorerst die Informationsvorlage durch den Stadtrat zur Kenntnis genommen. Erst danach finden entsprechende Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit weniger als 2/3-Mehrheit
Vorlage: V/2012/11039 mehrheitlich abgelehnt

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

- zu 7.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

- 7.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion - Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte - Vorlage-Nr.: V/2012/10967
Vorlage: V/2012/11044
-

zu 7.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Erhalt des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale) bei Bauvorhaben
Vorlage: V/2012/10974

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale) bei Bauvorhaben V/2012/10974
Vorlage: V72012/11035

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, fragte, ob der Änderungsantrag aufrecht erhalten werde, da dieser seitens der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM übernommen wurde.

Daraufhin erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ihren Änderungsantrag für erledigt.

Damit wurde der Änderungsantrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 5.14 Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von Verhandlungen mit der LMBV zur Übernahme des Grundstückes der ehemaligen Deponie Kane-na durch die Stadt Halle- Beschluss
Vorlage: V/2012/10629

Hierzu liegt eine Austauschvorlage vor.

zu 7.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992

Hierzu wurde die Stellungnahme der Verwaltung zur Sitzung verteilt.

zu 9.2 Ausländerbeiratswahl 2012 - Informationsvorlage
Vorlage: V/2012/10913

Hierzu liegen Austauschblätter vor.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion

TOP 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899

aufgrund neuer Erkenntnisse aufrechterhalten bleibe. Eine Rücksprache mit der CDU-Fraktion, ob diese den Änderungsantrag übernehme, habe es bisher noch nicht gegeben.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass eine Änderung des Antrages seiner Fraktion vorgesehen war und kündigte an, den Änderungsantrag der SPD-Fraktion bei Beratung des Tagesordnungspunktes zu übernehmen.

Es gab keine weiteren Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 27.06.2012
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 18.07.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.07.2012
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Wahl der/des Beigeordneten für Finanzen und Personal
Vorlage: V/2012/11005
 - 5.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Oberbürgermeister
Vorlage: V/2012/10919
 - 5.3 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit
Vorlage: V/2012/10935
 - 5.4 Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: V/2012/10938
 - 5.5 *Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025*
Vorlage: V/2012/10762 *abgesetzt*
 - 5.6 Bestellung eines neuen Mitglieds in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung
Vorlage: V/2012/10958
 - 5.7 Erneute Entsendung der Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: V/2012/11006

- 5.8 Jahresabschluss 2011 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: V/2012/10881
- 5.9 Jahresabschluss 2011 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: V/2012/10886
- 5.10 Jahresabschluss 2011 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: V/2012/10887
- 5.11 Jahresabschluss 2011 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10897
- 5.12 *Jahresabschluss 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*
Vorlage: V/2012/10929 *abgesetzt*
- 5.13 Feststellung Jahresabschluss 2011 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2012/10905
- 5.14 Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von Verhandlungen mit der LMBV zur Übernahme des Grundstückes der ehemaligen Deponie Kanena durch die Stadt Halle- Beschluss
Vorlage: V/2012/10629
- 5.15 Gestaltungsbeirat 2012 - 2014
Vorlage: V/2012/10906
- 5.16 Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhaltung des Mühlwegviertels als einheitlich gewachsenes gründerzeitliches Stadtquartier mit Vorgärten (Erhaltungssatzung Nr. 58)
Vorlage: V/2012/10551
- 5.17 Bebauungsplan Nr. 141, Quartier August-Bebel-Straße
- Beschluss zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
- Beschluss zur Einstellung des Aufstellungsverfahrens
Vorlage: V/2012/10658
- 5.18 *Ergänzungsbeschluss zur Vorlage (V/2010/09000) Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts*
Vorlage: V/2012/10934 *abgesetzt*
- 5.19 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen für die Kindertageseinrichtungen „Spatzennest“ und der „Laurentiusgemeinde“ im Rahmen des Krippenausbauprogrammes im Ergebnishaushalt, Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2012/10933
- 5.20 Wahl eines Mitglieds des Stiftungsvorstandes der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii
Vorlage: V/2012/10956
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681

- 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)
Vorlage: V/2012/10890
- 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha
Vorlage: V/2012/10774
- 6.2.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)*
Vorlage: V/2012/10869 abgesetzt
- 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899
- 6.3 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Sicherungsmaßnahmen am Osendorfer See*
Vorlage: V/2012/10854 abgesetzt
- 6.4 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe*
Vorlage: V/2012/10856 abgesetzt
- 6.5 Antrag des Stadtrates Bernhard Bönisch (CDU) zum Erhalt der Sportanlagen im Stadion Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10851
- 6.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/10844 abgesetzt
- 6.7 *Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk*
Vorlage: V/2012/10785 abgesetzt
- 6.8 *Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Aufstellen einer Halbampel an der Haltestelle „Diakoniewerk Halle“*
Vorlage: V/2012/10786 abgesetzt
- 6.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen
Vorlage: V/2012/10596
- 6.10 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden*
Vorlage: V/2012/10688 abgesetzt
- 6.11 *Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die Stadtwerke Halle*
Vorlage: V/2012/10689 abgesetzt

- 6.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10691
- 6.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Darstellung von Folgekosten für Baumnachpflanzungen in Beschlussvorlagen
Vorlage: V/2012/10863
- 6.13.1 *Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Darstellung von Folgekosten für Baumnachpflanzungen in Beschlussvorlagen*
Vorlage: V/2012/10895 *abgesetzt*
- 6.14 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice*
Vorlage: V/2012/10780 *abgesetzt*
- 6.15 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt der Verbindungsqualität auf der S-Bahn-Strecke Hauptbahnhof-Trotha*
Vorlage: V/2012/10783 *abgesetzt*
- 6.16 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986
- 7.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung im Beirat der Bäder Halle GmbH
Vorlage: V/2012/10982
- 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2012/10943
- 7.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Unterstützung der Oberbürgermeisterin hinsichtlich Ihres Aufrufes gegen Rechtsextremismus am 7. August 2012
Vorlage: V/2012/10989
- 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: V/2012/10973
- 7.6 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts
Vorlage: V/2012/10963
- 7.7 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964

- 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung zur beidseitigen Öffnung von Einbahnstraßen der Altstadt für den Fahrradverkehr
Vorlage: V/2012/10995
- 7.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dölau
Vorlage: V/2012/10996
- 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Regionalen Entwicklungsplan
Vorlage: V/2012/10998
- 7.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967
- 7.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion - Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte - Vorlage-Nr.: V/2012/10967
Vorlage: V/2012/11044
- 7.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Erhalt des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale) bei Bauvorhaben
Vorlage: V/2012/10974
- 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985
- 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes für Trinkwasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003
- 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002
- 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radtourismus in der Region Halle
Vorlage: V/2012/10999
- 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft
Vorlage: V/2012/10997
- 7.18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von Mobilitätsstationen
Vorlage: V/2012/10994
- 7.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992
- 8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/10945

- 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Teilnahme der Oberbürgermeisterin an einer Aufsichtsratssitzung der ENDI AG
Vorlage: V/2012/10946
- 8.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Grundsicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung
Vorlage: V/2012/10955
- 8.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu den Migrantenheimen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10953
- 8.5 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Verbesserung von Fuß- und Straßenwegen in der Ortslage Ammendorf/ Radewell
Vorlage: V/2012/10977
- 8.6 Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Thematik "Bevölkerungsentwicklung- Wirtschaftsförderung"
Vorlage: V/2012/10978
- 8.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zum Betrieb und Weiterentwicklung des kostenfreien WLANs auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2012/10972
- 8.8 Anfrage der CDU-Fraktion zu Fahrradstellplätzen
Vorlage: V/2012/10960
- 8.9 Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand Breitbandausbau
Vorlage: V/2012/10961
- 8.10 Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Grundstück zwischen Charlotten- und Gottesackerstraße
Vorlage: V/2012/10962
- 8.11 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Wissenstransfer beim Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10965
- 8.12 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Saalestützmauern im Bereich Saline/MMZ
Vorlage: V/2012/10966
- 8.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Pflasterschäden in Halle
Vorlage: V/2012/10771
- 8.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur GEMA-Tarifreform und deren Auswirkungen auf Stadtteil- und Familienfeste sowie ähnliche Veranstaltungen
Vorlage: V/2012/11001
- 8.15 Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Selbsterzeugern im Rahmen der Marktsatzung
Vorlage: V/2012/10969

- 8.16 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Jahresrechnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10971
- 8.17 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Gebietsänderungsvertrag zwischen Landsberg und der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10970
- 8.18 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Überschwemmungen in Nietleben
Vorlage: V/2012/10968
- 8.19 *Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung*
Vorlage: V/2012/10782 *abgesetzt*
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum städtischen Kostenanteil am "Feuerwehr-Führerschein"- Förderprogramm der Landesregierung
Vorlage: V/2012/11004
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn
Vorlage: V/2012/11000
- 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Erarbeitung eines Raumkonzeptes der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10993
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bibliotheken und Leseräumen an Schulen
Vorlage: V/2012/10991
- 8.24 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Nutzen der Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) in der Metropolregion Mitteldeutschland/Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V.
Vorlage: V/2012/10976
- 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Ergebnissen der Mitgliedschaft im EuroIndia Center
Vorlage: V/2012/10979
- 8.26 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Betreuungsplätzen für Kinder in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10980
- 8.27 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Konzepten der Eingewöhnungsphase in Kindertagesstätten
Vorlage: V/2012/10987
- 8.28 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Satzung der Zweitwohnungssteuer
Vorlage: V/2012/10990
- 8.29 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum Saalhornmagazin
Vorlage: V/2012/10983

- 8.30 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Beibehaltung der Ersatzvornahmekosten für die Entfernung von Wahlplakaten nach der Landtagswahl 2011
Vorlage: V/2012/10984
9. Mitteilungen
- 9.1 Ausschreibungstext für den Vertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle - Informationsvorlage
Vorlage: V/2012/10936
- 9.2 Ausländerbeiratswahl 2012 - Informationsvorlage
Vorlage: V/2012/10913
10. mündliche Anfragen von Stadträten
11. Anregungen
12. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 27.06.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.06.2012.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 18.07.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 35. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 18.07.2012.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.07.2012

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 18.07.2012 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 Vergabebeschluss: Amt 40-L-01/2012 Los 1 bis Los 11: Besonderer Beförderungsdienst in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2012/2013, 2013/2014 und 2014/2015
Vorlage: V/2012/10754

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe für Rahmenvereinbarung zur Beförderung von Schülern mit Behinderungen vom Wohnort zur jeweiligen Schule für den Zeitraum 01.08.2012 bis 31.07.2014 mit Option zur Verlängerung um ein weiteres Jahr bis maximal 31.07.2015. Die Gesamtsumme beträgt 2.775.000,00 Euro.

| | | |
|--------|---|-----------------|
| Los 1 | BG Regenbogenschulbusse UG, Teutschenthal und Richter Personenbeförderung UG, Halle (Saale) | 150.000,00 Euro |
| Los 2 | Verkehrsunternehmen „Drei Eichen“, Halle (Saale) | 285.000,00 Euro |
| Los 3 | Mietwagen & Taxibetrieb M. Schittko, Halle (Saale) | 105.000,00 Euro |
| Los 4 | Verkehrsunternehmen „Drei Eichen“, Halle (Saale) | 360.000,00 Euro |
| Los 5 | Steve Helling, Klein- und Personentransporte, Halle (Saale) | 390.000,00 Euro |
| Los 6 | Richter Personenbeförderung UG, Halle (Saale) | 315.000,00 Euro |
| Los 7 | Richter Personenbeförderung UG, Halle (Saale) | 390.000,00 Euro |
| Los 8 | Richter Personenbeförderung UG, Halle (Saale) | 360.000,00 Euro |
| Los 9 | BG Regenbogenschulbusse UG, Teutschenthal und Richter Personenbeförderung UG, Halle (Saale) | 105.000,00 Euro |
| Los 10 | Taxi- und Busbetrieb Sittig, Salzatal/OT Lieskau | 315.000,00 Euro |

zu 3.2 Vergabebeschluss: Amt 40-L01a/2012 Los 11: Besonderer Beförderungsdienst in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2012/2013, 2013/2014 und 2014/2015
Vorlage: V/2012/10876

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe für Rahmenvereinbarung zur Beförderung von Schülern mit Behinderungen vom Wohnort zur jeweiligen Schule für den Zeitraum 01.08.2012 bis 31.07.2014 mit Option zur Verlängerung um ein weiteres Jahr bis maximal 31.07.2015. Die Gesamtsumme beträgt 675.000,00 Euro.

| | | |
|---------|--|------------------|
| Los 10: | Taxibetrieb Frank Kremmer, Halle (Saale) | 675.000,000 Euro |
|---------|--|------------------|

zu 3.3 **Vergabebeschluss: Amt 37-L-02/2012: Lieferung von 4 Rettungs-transportwagen (RTW) entsprechend EN 1789, Typ C für den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale) und den nördlichen Saalekreis**
Vorlage: V/2012/10753

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, der Firma

**SYSTEM STROBEL GmbH & Co. KG
Schafgasse 27
73433 Aalen**

mit einer Bruttosumme von 422.234,56 für den Leistungszeitraum IV. Quartal 2012 den Zuschlag zu erteilen.

zu 3.4 **Personalangelegenheit**
Vorlage: V/2012/10894

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, folgenden Erholungsurlaub der Oberbürgermeisterin zu genehmigen:

15 Arbeitstage vom Urlaub 2012 in der Zeit vom 30.10.2012 bis 19.11.2012

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Wahl der/des Beigeordneten für Finanzen und Personal**
Vorlage: V/2012/11005

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, erläuterte das Wahlverfahren. Entsprechend der Geschäftsordnung sei die Person gewählt, für welche die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates gestimmt habe. Erreicht im ersten Wahlgang keine Person die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Dann ist derjenige gewählt, für den die meisten Stimmen abgegeben wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Durchführung der Wahl.

Die 48 anwesenden stimmberechtigten Stadratsmitglieder wurden zur Stimmabgabe der Reihe nach aufgerufen.

Nachdem alle anwesenden Stadratsmitglieder ihre Stimme abgegeben hatten, wurde bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Tagesordnung fortgeführt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis bekannt.

Abstimmungsergebnis 1. Wahlgang: **Beschluss per geheimer Wahl**

Herr Egbert Geier 41 Stimmen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass damit Herr Egbert Geier zum Beigeordneten für Finanzen und Personal in der Stadt Halle gewählt sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sowie die Fraktionsvorsitzenden gratulierten Herrn Geier zur Wahl.

Herr Bürgermeister Geier nahm die Wahl zum Beigeordneten für Finanzen und Personal an und bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: **Beschluss per geheimer Wahl
im 1. Wahlgang mit 41 Ja-Stimmen
Herr Egbert Geier****

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Egbert Geier zum Beigeordneten für Finanzen und Personal.

**zu 5.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Oberbürgermeister
Vorlage: V/2012/10919**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) trifft gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 KWG LSA folgende Wahlprüfungsentscheidung:

**Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor.
Die Wahl zum Oberbürgermeister am 1. Juli 2012 sowie am 15. Juli 2012 ist gültig.**

Nach der Abstimmung bedankte sich Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bei Herrn Doege als Wahlleiter und bei Frau Lachky als stellvertretende Wahlleiterin.

zu 5.3 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit
Vorlage: V/2012/10935

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass entsprechend der Hauptsatzung die Stadt Halle fünf Beigeordnete habe und die Einbringung der Vorlage aufgrund dessen erfolge. Der Wahltermin ergebe sich aus den Festlegungen der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) sowie der Hauptsatzung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage bis zur Stadtratssitzung im Dezember 2012 oder Januar 2013 und nannte die Gründe dafür.

Im Zuge dessen verwies **Herr Dr. Meerheim** auf seine Ausführungen in der Hauptausschusssitzung am 19.09.2012. Der zukünftige Oberbürgermeister habe bestimmte Vorstellungen zur Änderung der Verwaltungsstrukturen geäußert, wie z. B. hinsichtlich der Anzahl der Beigeordneten.

Aus diesem Grund sei es nicht zielführend, bereits zum jetzigen Zeitpunkt darüber zu entscheiden. Der Stadtrat sollte vielmehr den zukünftigen Oberbürgermeister an der Diskussion aktiv beteiligen und mit ihm gemeinsam eine Entscheidung dahin gehend treffen. Danach wäre immer noch eine fristgerechte Ausschreibung möglich.

Infolge dessen bat **Herr Dr. Meerheim**, seinem Geschäftsordnungsantrag zuzustimmen, um den Prozess bis zum Amtsantritt des zukünftigen Oberbürgermeisters offen zu halten.

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass die Intention des Geschäftsordnungsantrages nachvollziehbar wäre, seine Fraktion aber keine Notwendigkeit dafür sehe. Durch die Ausschreibung des Beigeordneten sei nicht zwangsläufig die Wahl begründet. Sollte sich der Stadtrat aufgrund der Konzeption des zukünftigen Oberbürgermeisters für vier Beigeordnete entscheiden, könne die Hauptsatzung entsprechend geändert und das Bewerbungsverfahren immer noch angehalten werden.

Da bisher kein Antrag zur Änderung der Hauptsatzung vorliege, wäre offensichtlich bisher keine Fraktion davon überzeugt, dass es möglich sei, mit einer verringerten Anzahl der Beigeordneten in der gegenwärtigen Struktur die Verwaltung zu führen.

Insofern sollte das Bewerbungsverfahren unter Berücksichtigung des § 65 GO LSA ordnungsgemäß eingeleitet werden, um die Verwaltungsfähigkeit der Stadt Halle weiterhin erhalten zu können.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim an. Aufgrund der angedachten Änderung der Verwaltungsstruktur seitens des zukünftigen Oberbürgermeisters sollte zum jetzigen Zeitpunkt keine Ausschreibung der Stelle des Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit erfolgen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Kley brachte **Frau Dr. Brock** zum Ausdruck, dass sie diese in keinsten Weise teilen könne. Mit der Ausschreibung werde bereits der Arbeitsbereich festgelegt. Daran orientieren sich auch die jeweiligen Bewerber. Bei einer Änderung der Dezernatszuschnitte durch den zukünftigen Oberbürgermeister wäre die Ausschreibung auf die Bewerber möglicherweise nicht mehr zugeschnitten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim mehrheitlich zustimmen könne vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit eine Festlegung über die Anzahl der Beigeordneten getroffen werde. Seines Erachtens sollte eine Vertagung der Vorlage bis Dezember erfolgen, um bei Bedarf entsprechend der Hauptsatzung und der GO LSA eine fristgerechte Besetzung der o. g. Stelle durchführen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Dr. Meerheim auf Vertagung der Vorlage.

| | |
|------------------------------------|-------------------------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | mehrheitlich abgelehnt |
| | 19 Ja-Stimmen |
| | 27 Nein-Stimmen |
| | 2 Enthaltungen |

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte seinen Unmut über die Ablehnung des Geschäftsordnungsantrages. Dies wäre unvernünftig und zeige, dass man den zukünftigen Oberbürgermeister in seinen Vorstellungen der Umstrukturierung behindern wolle.

Eine Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt vorzunehmen, wofür finanzielle Mittel aufgewendet werden müssen und dann, wie von Herrn Kley dargestellt, den Prozess bei Bedarf anzuhalten, sei bei der Haushaltssituation der Stadt Halle gegenüber der Öffentlichkeit nicht zu erklären. Zudem werde ein Arbeitsbereich ausgeschrieben, bei dem unklar sei, ob dieser für das Dezernat zukünftig in der Form bestehen bleibe.

Weiterhin habe der zukünftige Oberbürgermeister Argumente aufgezeigt, weshalb die Anzahl der Beigeordneten auf vier reduziert und somit Personalkosten gespart werden könnten. Einsparungen in der Kernverwaltung sei stets eine Forderung der FDP-Fraktion gewesen.

Darüber hinaus merkte **Herr Lange** an, dass das Argument aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses, dass die Beigeordneten überlastet seien und die Verwaltung mit vier Beigeordneten nicht arbeitsfähig wäre, ebenfalls nicht nachvollziehbar sei und erinnerte an die Übergangszeit der derzeitigen Oberbürgermeisterin.

Aus vorgenannten Gründen wäre die Ablehnung des Geschäftsordnungsantrages und die Veröffentlichung der Ausschreibung zum jetzigen Zeitpunkt in keinsten Weise nachvollziehbar. **Herr Lange** warf einigen Fraktionen vor, die Niederlage zur Wahl des Oberbürgermeisters nicht verarbeitet zu haben.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies die Vorwürfe hinsichtlich der Wahlniederlage ausdrücklich zurück. Immerhin haben zwei Stadtratsfraktionen keinen Oberbürgermeisterkandidaten aufgestellt, die anderen vier Stadtratsfraktionen konnten alle die Oberbürgermeisterwahl nicht gewinnen. Der Stadtrat habe den Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich abgelehnt, dies sollte akzeptiert werden.

Insofern bat **Herr Wolter** darum, sachlich und inhaltlich über die vorliegende Vorlage zu diskutieren. Der Stadtrat müsse nun gemeinsam versuchen, den Prozess zu gestalten.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Ablehnung der Vorlage und wies nochmals auf die rechtlichen Grundlagen hin. Die Fristen für die Neubesetzung des Dezernates seien in der GO LSA geregelt. Danach müsse zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwangsläufig die Ausschreibung erfolgen.

Demzufolge wäre es derzeit nicht zielführend, die Ausschreibung vorzunehmen, da die zukünftige Dezernats- und Aufgabenstruktur ungewiss sei.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bezog sich auf die Wortmeldungen von Herrn Lange und Herrn Wehrich im Zusammenhang mit der Wahl des Beigeordneten für Finanzen und Personal entsprechend des TOP 5.1 und brachte zum Ausdruck, dass diese demnach hätte auch vertagt werden müssen, da die zukünftige Aufgabenstruktur ebenfalls ungewiss sei.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, appellierte ebenso an den Stadtrat, der vorliegenden Vorlage der Verwaltung nicht zuzustimmen, um eine strukturelle Veränderung in der Verwaltung gemeinsam voranbringen zu können. Diese Möglichkeit würde man sich bei Zustimmung zur Vorlage vergeben.

Ihres Erachtens sei es entsprechend der Aussagen im Wahlkampf vernünftig, die Verwaltung zu verschlanken und nach einer Steigerung der Effizienz und Qualität sowie anderweitige Verteilung der Verantwortungen zu suchen und somit Einsparungen erreichen zu können.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte deutlich, dass mit der vorliegenden Vorlage nicht über die Besetzung der Stelle des Dezernenten entschieden werde. Bei Zustimmung wäre der Prozess zur zukünftigen Verwaltungs- und Dezernatsstruktur immer noch offen gehalten.

Darüber hinaus wies **Herr Häder** darauf hin, dass das Einsparpotenzial im Falle der Reduzierung der Anzahl der Beigeordneten von fünf auf vier, betrachtet auf die Personalkosten der Verwaltung insgesamt, äußerst gering sei. Insofern wäre dieses Argument nicht gerechtfertigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

- 1.) **Der Tag der Wahl für den Beigeordneten für Sicherheit und Gesundheit wird auf den 12.12.2012 festgelegt.**
- 2.) **Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis:**Einzelabstimmung der Beschlusspunkte****Beschlusspunkte 1 - 3: mehrheitlich zugestimmt****Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt****Beschluss:**

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) der Stadtwerke Halle GmbH wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 12. April 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 mit

| | | |
|------------------|-----|----------------|
| Bilanzsumme | EUR | 313.109.454,25 |
| Jahresüberschuss | EUR | 7.523.703,47 |

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2011 in Höhe von 7.523.703,47 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 07. Juni 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2011 mit

| | | |
|----------------------|-----|------------------|
| Bilanzsumme | EUR | 1.259.949.175,07 |
| Konzern-Bilanzgewinn | EUR | 0,00 |

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2011 entlastet.

Im Anschluss an die Abstimmung bedankte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** für den erreichten Jahresabschluss der Stadtwerke Halle GmbH. Sie machte darauf aufmerksam, dass die Stadtwerke Halle GmbH im Jahr 2011 erstmals die an die HAVAG zu zahlenden Zuschüsse aus dem laufenden Geschäftsbetrieb kompensieren konnte. Dies bedeute, dass die HAVAG Konsolidierungen vorgenommen habe und somit ein hervorragender Jahresabschluss erzielt werden konnte.

zu 5.9 Jahresabschluss 2011 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: V/2012/10886

(Die Stadträte Herr Michael Sprung, Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck und Herr Robert Bonan waren aufgrund des § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot zum Beschlusspunkt 3 betroffen.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
Beschlusspunkte 1, 2, 4: mehrheitlich zugestimmt
Beschlusspunkt 3: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 25.06.2012:

- 1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2011 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 25.04.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

| | |
|-------------------------------------|----------------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 3.172,52 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 154.965,80 €. |

- 2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 3.172,52 € wird in die Kapitalrücklage eingestellt.**
- 3. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.**
- 4. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.**

zu 5.10 Jahresabschluss 2011 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: V/2012/10887

(Die Stadträte Herr Michael Sprung, Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck und Herr Robert Bonan waren aufgrund des § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot zum Beschlusspunkt 3 betroffen.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
Beschlusspunkte 1+2: mehrheitlich zugestimmt
Beschlusspunkt 3: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 25.06.2012:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2011 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 25.04.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 1.130.127,24 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 20.515.317,47 €. |

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.130.127,24 € wird auf neue Rechnung vorge tragen.
3. Der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

zu 5.11 Jahresabschluss 2011 der Zoologischer Garten Halle GmbH Vorlage: V/2012/10897

(Die Stadträte Herr Klaus Hopfgarten, Herr Andreas Hajek und Herr Oliver Paulsen waren aufgrund des § 31 GO LSA vom Mitwirkungsverbot zum Beschlusspunkt 4 betroffen.)

Es gab keine Wortmeldungen.

| | |
|------------------------------------|---|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Einzelabstimmung der Beschlusspunkte |
| | Beschlusspunkte 1 - 3: mehrheitlich zugestimmt |
| | Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt |

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 13.03.2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 wird festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 1.478.049,98 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 29.079.500,55 €. |

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.478.049,98 € wird mit der Kapitalrücklage von 10.362.868,31 € verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2011 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 5.13 Feststellung Jahresabschluss 2011 der Flugplatzgesellschaft mbH
Halle/Oppin
Vorlage: V/2012/10905**

(Herr Stadtrat Martin Bauersfeld nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 4 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
Beschlusspunkte 1 - 3: mehrheitlich zugestimmt
Beschlusspunkt 4: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der CONNEX.M&P AUDIT Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 05. April 2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

| | |
|-------------------------------------|--------------------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 53.840,87 EUR. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 2.228.696,94 EUR. |

- 2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Der Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.**
- 4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.**

**zu 5.14 Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Aufnahme von Verhandlungen mit der LMBV zur Übernahme des Grundstückes der ehemaligen Deponie Kanena durch die Stadt Halle- Beschluss
Vorlage: V/2012/10629**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, appellierte an den Stadtrat, die vorliegende Vorlage abzulehnen. Seines Erachtens wäre es nicht zielführend, Verhandlungen mit der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) aufzunehmen, da es nicht im Interesse der Stadt Halle sein könne, das Grundstück der ehemaligen Deponie Kanena zu übernehmen.

Des Weiteren wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass mit der Übernahme einer solchen Altlast Risiken für die Stadt verbunden seien und auch im Hinblick auf das geplante Vorhaben am Hufeisensee die Übernahme kritisch gesehen werden müsse.

Darüber hinaus habe die LMBV signalisiert, dass sie einer Überplanung der Flächen zustimmen werde. Insofern seien die vorgesehenen Maßnahmen umsetzbar und eine Übernahme der Flächen nicht erforderlich.

Herr Krause, SPD-Fraktion, konnte den Ausführungen von Herrn Wehrich nicht zustimmen. Die Stadt Halle wäre ohnehin für die Flächen zuständig und habe 1992 eine umfangreiche Sicherungsmaßnahme durchführen müssen.

Die LMBV befinde sich in Auflösung und veräußere ihre Grundstücke. Im Gegensatz zur Stadt Halle könne ein privater Investor das Gelände nicht ohne Weiteres übertragen bekommen.

Demzufolge seien bei einer Übernahme des Grundstückes keine Risiken als die bereits jetzt bestehenden erkennbar.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an und fragte bezogen auf die Ausführungen von Herrn Wehrich, welche Risiken bei einer Übernahme des Grundstückes bestünden.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass seine Fraktion der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen werde und begründete dies. Aus entsprechenden Unterlagen zur Deponie Kanena von September 1997 ginge hervor, dass dem Spaziergänger im Ökopark und dem Umweltamt klar sein sollten, dass unterhalb der Dichtenabdeckung ein großer Abfallberg über Jahrzehnte vor sich hinrotte und ständig sich Abbauprodukte in das Grundwasser ergießen. Die Sensibilität hierfür sollte noch geweckt werden.

Somit wäre die ehemalige Deponie lediglich ruhig gestellt. Um den Golfplatz zu errichten, müsse eine Dränageschicht eingebaut und das Gelände modelliert werden. Dadurch entstände die Gefahr, das Wasser eindringe und das Schadenspotenzial der ehemaligen Deponie aktiviert werde.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass zunächst die Verhandlungen mit der LMBV geführt und danach über die möglichen Risiken diskutiert werden sollte. Zum jetzigen Zeitpunkt sei noch ungewiss, ob die Stadt die Fläche übernehme, wie der Vertrag gestaltet werden soll und ob tatsächlich ein Golfplatz errichtet werde.

Entsprechend des Beschlusspunktes 2 der Vorlage habe der Oberbürgermeister das Verhandlungsergebnis dem Stadtrat vor Vertragsabschluss vorzulegen. Im Zuge dessen könne über die Rahmenbedingungen und Risiken diskutiert werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Häder zu. Die Stadt sollte zunächst die Vertragsverhandlungen aufnehmen. Die Deponie sei damals für mehrere Millionen DM mit dem Ziel saniert worden, die angesprochene Gefährdung auszuschließen. Dieses Ziel wurde offensichtlich erreicht.

Hinsichtlich der Frage zur weiteren Nutzung der Fläche wäre es seines Erachtens erfreulich, mit der Errichtung eines Golfplatzes eine sportliche Nutzung für das Grundstück gefunden zu haben.

In dem Zusammenhang erinnerte **Herr Kley** an ein Schreiben des Inline-Skatingclubs, welches an den Investor des Golfplatzes weitergeleitet wurde. Dieser konnte sich eine solche Nutzung ebenfalls auf der Fläche vorstellen.

In Anbetracht dessen sollte man der Oberbürgermeisterin die Möglichkeit geben, das Verfahren weiterzuführen, um die Altlastensanierung in ihrer Zielstellung mit einer Nutzung verbinden zu können.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Wortmeldung von Herrn Kley ein und merkte an, dass keine Sanierung der Deponie, sondern entsprechend der Begründung lediglich Sicherungsmaßnahmen stattgefunden haben.

Es wäre nicht bekannt, welche Art Abfälle dort liegen. Neben dem Kommunalmüll seien dort auch eine halbe Million Industrieabfälle eingelagert. Es wäre nicht vertretbar, dass die Stadt auch für diese Abfälle die Verantwortung übernehme.

Wenn die unter der ehemaligen Braunkohlegrube liegende Deckschicht erschöpft sei und möglicherweise giftige Stoffe heraustreten und in Kontakt mit dem Grundwasser gelangen, würden weitere Maßnahmen notwendig sein.

In Anbetracht dieser Risiken sah **Herr Wehrich** derzeit keine Notwendigkeit, Verhandlungen mit der LMBV aufzunehmen, zumal das Vorhaben durch die ehemalige Deponie nicht verhindert werde.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, verwies auf die Begründung zur Vorlage. Daraus ginge hervor, dass in den 90er Jahren Sicherungsmaßnahmen stattgefunden haben und mechanische Eingriffe in den Boden, die zu einer Zerstörung der Oberflächenabdichtung und der Rekultivierungsschicht führen, nicht zulässig seien. Demzufolge wären der Stadt die Risiken bekannt und auch bewusst.

Darüber hinaus werde die Verwaltung entsprechend des Beschlusspunktes 2 dem Stadtrat das Verhandlungsergebnis vor Vertragsabschluss vorlegen. Im Zuge dessen könne sich zu den Fragen der Risiken und über die Durchführung weiterer Vorsorgemaßnahmen geäußert werden und in Abwägung dessen ein Beschluss für oder gegen die Übernahme des Grundstückes gefasst werden.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass nach seinem Kenntnisstand die LMBV nicht als künftiger Eigentümer und Verpächter dieses Grundstückes zur Verfügung stünde. Insofern müssen mögliche Konsequenzen und der weitere Umgang der Flächen berücksichtigt werden, sollte die Stadt das Grundstück nicht übernehmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., schlug vor, den Beschlusspunkt 2 wie folgt zu konkretisieren:

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das Verhandlungsergebnis dem Stadtrat vor Vertragsabschluss **zum Beschluss** vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados übernahm die vorgeschlagene Änderung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

1. Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, Verhandlungen mit der LMBV zur Übernahme des Grundstückes der ehemaligen Deponie Kanena durch die Stadt aufzunehmen.
2. *Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, das Verhandlungsergebnis dem Stadtrat vor Vertragsabschluss zum Beschluss vorzulegen.*

**zu 5.15 Gestaltungsbeirat 2012 - 2014
Vorlage: V/2012/10906**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt gemäß Ziffer 2 der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat in der Fassung der zweiten Änderung für folgende Personen die Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat für den Zeitraum vom 26.09.2012 bis 25.09.2014:

- Frau Dipl. Ing. Eva Maria Lang, Architektin
(Knerer und Lang Architekten GmbH, Dresden),
- Frau Dipl.-Ing. Heike Roos, Freie Landschaftsarchitektin und Stadtplanerin
(Roos Grün Planung aus Denstedt bei Weimar)

**zu 5.16 Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Erhaltung des Mühlwegviertels als einheitlich gewachsenes gründerzeitliches Stadtquartier mit Vorgärten (Erhaltungssatzung Nr. 58)
Vorlage: V/2012/10551**

(Herr Stadtrat Dr. Uwe-Volkmar Köck nahm aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich bei der Verwaltung, dass es gelungen sei, diese Satzung zu erarbeiten. Zudem gab er die Anregung der Bürgerinitiative an die Verwaltung weiter, dass das Mühlwegviertel in den Stadtkarten auch als solches wieder bezeichnet werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende außerplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2012:

1. Außerplanmäßige Auszahlung für das Vorhaben Kindertageseinrichtung „Spatzennest“ im Rahmen des Krippenausbauprogrammes, Zuschüsse an freie Träger Kita - Krippenausbauprogramm, 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen, in Höhe von 300.000 EUR.
2. Außerplanmäßige Auszahlung für die Kindertageseinrichtung der „Laurentiusgemeinde“ im Rahmen des Krippenausbauprogrammes, Zuschüsse an freie Träger Kita . Krippenausbauprogramm, 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen, in Höhe von 222.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen, Zuweisungen vom Land - Krippenausbauprogramm, in Höhe von 522.000 EUR.

zu 5.20 Wahl eines Mitglieds des Stiftungsvorstandes der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii
Vorlage: V/2012/10956

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass offen gewählt werden könne, sofern kein Stadtratsmitglied widerspreche.

Es gab keinen Widerspruch seitens der Stadtratsmitglieder. Demzufolge wurde offen gewählt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) wählt gemäß § 6 Abs. 1 der Stiftungssatzung Herrn Peter Schmiedel in den Stiftungsvorstand der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle an der Saale.
2. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, für die Neubesetzung des Stiftungsvorstandes der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle an der Saale nach Maßgabe der Anlage alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

Im Anschluss an die Abstimmung nannte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Grund für die Wahl. Frau Dr. Greuel habe ihr Mandat niedergelegt. Sie war von 1990 bis 1998 Mitglied des Stadtrates und habe die Stadt Halle bei der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii von Beginn an vertreten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados dankte Frau Dr. Greuel für ihre geleistete Arbeit in der Stiftung und wünschte ihr für die Zukunft alles Gute.

zu 6 Wiedervorlage

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681

zu 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)
Vorlage: V/2012/10890

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erklärte das Ziel des Antrages seiner Fraktion. Damit soll bei der zukünftigen Schulentwicklungsplanung maßgeblicher Wert auf die Fragen der inklusiven Bildung sowie der inklusiven Beschulung im Hinblick auf die Schulgebäude gelegt werden. Zudem soll bei Sanierungen mit Unterstützung von Förderprogrammen, wie z. B. STARK III, die Barrierefreiheit in den Schulen mit bedacht und sich zur inklusiven Bildung bekannt werden.

Weiterhin wies **Herr Lange** darauf hin, dass aufgrund der Hinweise der Verwaltung, dass eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bis Ende 2012 keinesfalls möglich sei, der Antrag seiner Fraktion entsprechend geändert wurde. Im Zuge dessen erwarte er mit Blick auf die Kommunalwahlen im Jahr 2014 einen spannenden Prozess.

Frau Raab, FDP-Fraktion, machte deutlich, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. Beschlusspunkte enthalte, welche nicht ausdrücklich zu beschließen seien, da diese ohnehin beachtet werden müssen, wie z. B. Beteiligung des Schulleiternrates, Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss usw.

Die seitens der Verwaltung zu beachtenden Punkte, wie z. B. die Aufstellung von Kriterien bzw. Schwerpunkten, entsprechend der Beschlusspunkte 2 und 3 könne ihre Fraktion zustimmen.

Auf dieser Grundlage erfolgte der Änderungsantrag ihrer Fraktion mit der Ergänzung eines Beschlusspunktes, dass die Brandschutz- und Investitionsprioritätenliste in die Schulentwicklungsplanung einfließe.

Anschließend ging **Frau Raab** auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion ein. Darin sei aufgeführt, dass die Brandschutzliste eine Übersicht über den Brandschutzstatus der halleschen Schulgebäude gebe und diese ebenfalls anzeige, welche Bedeutung eine Schule im Rahmen der Schulentwicklungsplanung habe. Die Investitionsprioritätenliste - hier: Schulbau - wurde auf der Grundlage der Schulentwicklungsplanung erstellt.

Frau Raab machte darauf aufmerksam, dass dieses Verfahren in der Praxis oftmals nicht angewendet werde und erinnerte an die Grundschule Auenschule sowie an Grundschule „Rosa Luxemburg“ und „Kastanienallee“. Um die erforderlichen Schülerzahlen zu erreichen, erfolgte eine Veränderung der Schulbezirke. Danach konnten notwendige Baumaßnahmen für die Schulen für die Förderprogramme prioritär hochgestuft werden.

Aus vorgenannten Gründen bat **Frau Raab** um Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erklärte, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. grundsätzlich zu begrüßen sei. Allerdings sollten vorerst die Diskussionen und Regelungen zur Inklusion auf Landesebene abgewartet werden. Derzeit habe der Antrag keine Grundlage. Insofern könne sie diesem auch nicht zustimmen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass mit dem Antrag weitsichtige Bedingungen für die Inklusion mit den jeweiligen Schulen geschaffen werden sollen. In Anbetracht dessen könne seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, beantragte zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion eine getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie des Antrages.

zu 6.1.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)**
Vorlage: V/2012/10890

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
Beschlusspunkt 1: mehrheitlich abgelehnt
Beschlusspunkt 4: mehrheitlich abgelehnt
Beschlusspunkt 5: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

Der Antrag wird wie folgt geändert:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2012 eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.
Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll.
Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird.
Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.~~
2. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
3. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.
- ~~4. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzuberaten.~~
5. Die Brandschutz- und Investitionsprioritätenliste fließt in die Schulentwicklungsplanung ein.

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres ~~2012~~ 2013 eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll.

Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird.

Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

2. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
3. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.
4. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzubereiten.
5. *Die Brandschutz- und Investitionsprioritätenliste fließt in die Schulentwicklungsplanung ein.*

zu 6.2 **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha**
Vorlage: V/2012/10774

zu 6.2.2 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)**
Vorlage: V/2012/10899

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha zum jetzigen Zeitpunkt zwar gewährleistet sei, mit Eintritt der kommenden Frostperiode allerdings nicht mehr.

In Anbetracht dessen gab **Herr Bönisch** bekannt, dass er den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehme und im Beschlusspunkt 1 folgende Ergänzung erfolge, um die Einsatzfähigkeit in den derzeitigen Gebäuden bis zur Fertigstellung des Neubaus gewährleisten zu können:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft **dauerhaft** ermöglichenden Zustand zu versetzen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich zunächst bei der Verwaltung, dass bereits einige Dinge, wie z. B. die Erneuerung der Spinde, Abgasfilter und Elektrik instandgesetzt wurden. Jedoch sei das Dach weiterhin undicht und die Heizung nicht intakt, so dass bis zur kommenden Frostperiode dahin gehend entsprechend Abhilfe geschaffen werden müsse.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug in Bezug auf die von Herrn Bönisch vorgenommene Änderung im Beschlusspunkt 1 vor, das Wort „dauerhaft“ durch „jederzeit“ zu ersetzen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, konnte dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin zustimmen.

Somit lautet der Beschlusspunkt 1 wie folgt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft **jederzeit** ermöglichenden Zustand zu versetzen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

**zu 6.2.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899**

Abstimmungsergebnis: erledigt
durch CDU-Fraktion übernommen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt aufgefordert**, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.
2. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt aufgefordert**, die Planungen für den Neubau eines Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.

**zu 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha
Vorlage: V/2012/10774**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Abschließend kritisierte **Herr Dr. Wend**, dass die Stellungnahme seitens der Verwaltung so spät vorgelegt wurde. Er bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und eine schnelle Umsetzung durch die Verwaltung.

Frau Raab, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass der Antrag zu allgemein gehalten sei und fragte, wer diese Art von Veranstaltungen nutzen könne. Ihres Erachtens könne auch der Veranstalter von „Ton aus Strom“ oder der MDR Sputnik für die „Turntable Days“ das entsprechende Gelände zukünftig nutzen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, antwortete, dass man mit dem Antrag den Jugendlichen entgegenkommen und Voraussetzungen schaffen wolle, dass spontane Veranstaltungen mit einem möglichst bürgerfreundlichen Genehmigungsverfahren legal seien. Die Stadt Halle wäre eine Großstadt, so dass seines Erachtens auch mehrere Gelände dafür geeignet wären.

Es sei Aufgabe der Verwaltung, die Frage der kommerziellen Veranstaltungen zu klären, geeignete Orte zu finden und die Bedingungen festzulegen vor dem Hintergrund, dass andere Bürger nicht unverhältnismäßig, z. B. durch Lärm, belästigt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur **Oktober-Sitzung** des halleschen Stadtrates **einen geeigneten Orte im Stadtgebiet vorzuschlagen, der die zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann können.**
2. **Sofern ein solches Gelände gefunden wird werden, sind Bestimmungen zu erarbeiten, die die Nutzung des der Geländes regeln. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Satzungen und Ordnungen notwendig ist.**
3. **Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst bürgerfreundlich gestaltet werden.**

**zu 6.12 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Wiederherstellung des Stadions Halle-Neustadt
Vorlage: V/2012/10691**

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass dem Antrag im Sportausschuss einstimmig zugestimmt wurde und bat den Stadtrat ebenfalls um Zustimmung.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, kritisierte das Verfahren zu Prüfanträgen. Diese werden in die jeweiligen Fachausschüsse verwiesen, währenddessen die Verwaltung die Prüfung bereits vornehme, so dass bei Beratung im Stadtrat das Ergebnis der Prüfung bereits vorliege. Obwohl der Antrag damit erledigt wäre, werde dennoch ein Beschluss gefasst.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit die Erneuerung der Leichtathletikanlagen im Stadion Halle-Neustadt im Haushaltsjahr 2013 umgesetzt werden kann, und die entsprechenden Mittel im Haushalt 2013 bereit gestellt werden können.

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der HFC wird von der Stadtverwaltung zur Einhaltung der Nutzungsvereinbarung gedrängt und zur Wiederherstellung von Laufbahn, Kugelstoß- und Speerwurfanlage sowie Hoch- und Weitsprunganlage des Stadions Halle-Neustadt bis zum Schuljahresbeginn 2012/13 verpflichtet.

Dem Stadtrat ist umgehend Bericht über die zeitliche Durchführung der Bauarbeiten zu geben.

zu 6.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Darstellung von Folgekosten für Baumnachpflanzungen in Beschlussvorlagen
Vorlage: V/2012/10863

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Baubeschlussvorlagen, die beabsichtigte Baumfällungen und entsprechend geplante Nachpflanzungen beinhalten, zukünftig durch Darstellung der Folge- und Pflegekosten für die jungen Bäume entsprechend der doppelten Haushaltsführung zu ergänzen.

Die Berechnung der Folgekosten soll sowohl den Pflegeaufwand als auch das Risiko des Ausfalls der Pflanzen sowie die Verzinsung des eingesetzten Kapitals berücksichtigen, soweit dies nicht die Gewährleistungspflicht der mit den Pflanzmaßnahmen beauftragten Firmen betrifft.

**zu 6.16 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Rücknahme des Beschlusses "Benennung einer Straße nach Willy Brandt" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10477)
Vorlage: V/2012/10779**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., machte zunächst darauf aufmerksam, dass seine Fraktion der Benennung einer Straße nach Willy Brandt zustimmen könne. Allerdings sei politisch nicht nachvollziehbar, weshalb damit Philipp Müller aus dem Stadtbild entfernt werden soll. Diesem wurde in der Stadt Essen zu seinem diesjährigen 60. Todestag nach Vorschlag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. eine Gedenktafel errichtet und eine Brücke nach ihm benannt.

Zudem merkte **Herr Schramm** an, dass die nun entstandene Situation äußerst schwierig sei. Seines Erachtens hätte der Stadtrat vor der damaligen Beschlussfassung gemeinsam nach einer geeigneten Straße oder einem Platz zur Ehrung von Willy Brandt suchen sollen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Der Stadtratsbeschluss „Benennung einer Straße nach Willy Brandt“ V/2012/10477 mit dem Beschluss „Die Philipp-Müller-Straße wird aus Anlass des 20. Jahrestages von Willy Brandt im Oktober 2012 in Willy-Brandt-Straße umbenannt“ wird aufgehoben.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Alternativen für die Benennung einer Straße mit dem Name Willy Brandts zu suchen und legt diese dem Stadtrat und Kulturausschuss im September 2012 zur Beschlussfassung vor.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
18 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Der Stadtrat legte eine Pause von 34 Minuten ein.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., erläuterte das Ziel des Antrages. Die Stadtmarketing GmbH und das Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH verfügen über die Sachkenntnis und das Wissen, um im Ergebnis dessen bei der Gestaltung von bedeutenden Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt eine Stärkung der Innen- und Außenwirkung sichern zu können.

Anschließend erinnerte **Herr Schramm** an eine schriftliche Anfrage der Stadträte des Beirates der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zu Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt in den Jahren 2011, 2012 und 2013 (Vorlage: V/2012/10789) aus der Stadtratssitzung Juni 2012. Seitens der Verwaltung wurde geantwortet, dass es Nutzungskriterien im eigentlichen Sinn nicht gebe und ansonsten die Plätze allen Veranstaltern zur Verfügung stünden, sofern sie nicht gegen geltendes Recht verstoßen.

Seines Erachtens wäre dies zu beliebig und zu wenig. Insofern sollte die Verwaltung zusammen mit der Stadtmarketing GmbH und dem Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH eine bessere Abstimmung und Fokussierung von kulturellen Inhalten auf diesen Plätzen vornehmen, um das Erscheinungsbild der Stadt zu fördern.

Entsprechend der Antwort der Verwaltung bestünde innerhalb der Stadtverwaltung bereits eine Anleitung zur Gewichtung von Sondernutzungen im öffentlichen Raum anhand von festen Kriterien. Diese könnten gemeinsam in dem Fachforum Politik mit der Stadtmarketing GmbH abgeglichen und ein größerer Einfluss auf die Gestaltung der Veranstaltungen im kulturellen Bereich auf dem Marktplatz und Hallmarkt gefunden werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass im Vorfeld die antragstellenden Fraktionen seinerseits gebeten wurden, die Worte „gebührenfreie Veranstaltungen“ in den Beschlusstext aufzunehmen und fragte, ob diese Änderung noch vorgenommen werde.

Dies wäre seiner Auffassung nach das Hauptproblem, da auch für gebührenfreie Veranstaltungen keine eindeutigen Kriterien vorhanden seien. Für Veranstalter wäre schwer einschätzbar, welche Veranstaltungen für die Stadt Halle überregional bedeutsam seien.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., antwortete auf die Frage von Herrn Kley, dass die Antragsteller diese Einschränkung bewusst nicht vornehmen wollen, da alle Veranstaltungen berücksichtigt werden sollen. Hierfür sollen entsprechende Standards und Kriterien zur Vergabe entwickelt werden.

Allerdings sollten die Kriterien zur Vergabe nicht allein durch die Stadtverwaltung erarbeitet werden, sondern in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing GmbH und dem Fachforum Politik.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die Wortmeldung von Herrn Kley und machte deutlich, dass derzeit ein Konflikt zwischen den gebührenfreien und gebührenpflichtigen Veranstaltungen bestünde. Sollte der Antrag ausschließlich auf gebührenfreie Veranstaltungen eingehen, könne der Konflikt nicht gelöst werden. Die Vergabe müsse für alle Veranstalter transparent und nachvollziehbar geregelt sein.

Seines Erachtens müsse bei der Erarbeitung der Kriterien für die Vergabe auch die Trennung zwischen gebührenfreien und gebührenpflichtigen Veranstaltungen geregelt werden.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss sowie in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung, da ihrerseits weiterer Beratungsbedarf bestünde.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass sie die Verweisung nicht nachvollziehen könne. Dadurch gehe Zeit verloren. Ihres Erachtens hätte in der heutigen Sitzung eine Abstimmung darüber erfolgen können.

Darüber hinaus brachte **Frau Dr. Brock** zum Ausdruck, dass ihren Informationen zufolge derzeit entsprechend des Posteingangs der Anträge zur Durchführung von Veranstaltungen die Vergabe erfolge. Diese könne nicht im Interesse der Stadt sein.

Zudem sei sie ebenfalls der Auffassung, dass sowohl für gebührenfreie als auch für gebührenpflichtige Veranstaltungen Kriterien festgelegt werden sollten, um für die Veranstalter gleichermaßen bestimmte Regelungen vorgeben zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH und dem Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH unter kulturellen, ökonomischen und touristischen Aspekten, Kriterien und Standards für die Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt für regional und überregional bedeutende Veranstaltungen ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung im November vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

Kulturausschuss

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Darüber hinaus wies **Herr Müller** darauf hin, dass entsprechend des Beschlussvorschlages zwar die weibliche Form gewählt wurde, der Antrag aber auch eine Aufforderung an die zukünftigen Oberbürgermeister darstelle, in vergleichbarer Weise aktiv zu werden. Im Zuge dessen wäre es Pflicht der Verwaltung zu prüfen, ob das jeweilige Verhalten auch rechts- und verfassungskonform sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Es wäre ebenso zu begrüßen, dass der Antrag auch an die zukünftigen Oberbürgermeister gerichtet sei und diese sich dann ebenfalls mit aller Unterstützung dafür einsetzen, dass solche intoleranten Kräfte in dieser Stadt keinen Platz finden.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass auch seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde und befürwortete ausdrücklich, dass die Verwaltungsspitze bei der Kundgebung vertreten war.

Des Weiteren regte **Herr Wehrich** an, dass die Stadtverwaltung zukünftig alle Möglichkeiten nutze, um solche rechtsextremen Kundgebungen im Vorfeld zu verhindern. Hierfür könne man sich an anderen Städten orientieren, die rechtliche Möglichkeiten ausgeschöpft und Argumente gefunden haben, um diese Kundgebungen im Vorfeld zu verhindern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) befürwortet den Aufruf der Oberbürgermeisterin, sich an der Kundgebung gegen den NPD-Aktions-Tag „Deutschland-Tour“ am 07.08.2012 friedlich zu beteiligen. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, auch zukünftig in vergleichbarer Weise aktiv zu werden.

Im Anschluss an die Abstimmung bedankte sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich für den Beschluss. Es wäre wichtig, dass der Stadtrat auch im Zuge der vorliegenden Klage solche Aufrufe befürworte und bei öffentlichen Auftritten der NPD aktiv werde, um deutlich zu machen, dass diese Parolen in der Stadt nicht gewollt seien.

**zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen
Einwohners in den Kulturausschuss
Vorlage: V/2012/10973**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss scheidet Herr Christian Kenkel aus.

Frau Franziska Kelle wird als sachkundige Einwohnerin in den Kulturausschuss berufen.

zu 7.6 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts Vorlage: V/2012/10963

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde und nannte die Gründe dafür. Seines Erachtens wäre der Ansatz verfehlt. Es sei notwendig, dass die Stadt Halle unter allen Umständen im Städte- und Gemeindebund weiter mitarbeite.

Der Städte- und Gemeindebund werde von kreisangehörigen Gemeinden dominiert. Aus diesem Grund seien die Stellungnahmen teilweise nicht im Sinne der dort vertretenen Städte. Dies stelle die Realität dar und könne kein Argument sein, dort auszutreten. Vielmehr sollte man in dem Gremium noch stärker mitwirken und für die Positionen der kreisfreien Städte und insbesondere der Stadt Halle werben.

Zudem wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass es keine Alternative zur Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund gebe. Insofern wäre ein länderübergreifender Landesverband des Städtetages entsprechend des Antrages nicht zielführend. Es müsse sich mit Landespolitik und landesspezifischen Besonderheiten auseinandergesetzt werden, wie z. B. beim Finanzausgleichsgesetz. Ebenso halte er einen eigenen Verband in Sachsen-Anhalt mit den drei kreisfreien Städten nicht für zielführend.

Darüber hinaus treffe die Entscheidungen letztendlich der Landtag. Bei den im Landtag zu den jeweiligen Gesetzen stattfindenden Anhörungen werden neben dem Städte- und Gemeindebund auch die kreisfreien Städte gehört und die Positionen derer entsprechend vertreten.

Demzufolge sollte der Städte- und Gemeindebund nicht für bestimmte Entscheidungen verantwortlich gemacht werden. Beispielsweise habe im Landtag die Koalition für eine Änderung des Verteilungsschlüssels für die Investitionspauschale aus dem Finanzausgleichsgesetz gestimmt, so dass der Stadt Halle im Ergebnis 4 Mio. € weniger zur Verfügung standen.

Aus vorgenannten Gründen würde sich die Position der Stadt Halle bei einem Austritt aus dem Städte- und Gemeindebund deutlich verschlechtern.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verwies den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte, dass der Antrag nach Auffassung seiner Fraktion sinnvoll sei. Dabei ginge es auch nicht, wie von Herrn Wehrich dargestellt, um eine Auseinandersetzung zu den Entscheidungen der Landesregierung, sondern um die Rolle des Städte- und Gemeindebundes im Land. Dieser habe sich durch öffentliche Äußerungen zu einem konkreten Sachverhalt zum Nachteil der Stadt Halle verhalten.

Da die Stadt einen erheblichen Beitrag im Städte- und Gemeindebund zahle und als Minderheit nicht in dem erforderlichen Maße gehört und vertreten werde, müsse erlaubt sein, entsprechend des Antrages bestimmte Punkte zu hinterfragen, wie z. B. ob größere Kommunen im mitteldeutschen Raum eine andere Interessenvertretung suchen könnten.

Abschließend merkte **Herr Krause** an, dass er bei der Beantwortung der Fragen auch eine politische Bewertung seitens der Stadtverwaltung erwarte.

Herr Kley, FDP-Fraktion, machte deutlich, dass die Verweisung zielführend sei und regte an, zur Sitzung des Hauptausschusses den Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes einzuladen, um dessen Position zu hinterfragen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung des Austritts aus dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt. Hierbei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. *Wann kann ein Austritt erfolgen (Kündigungsfristen etc.)?*
2. *Besteht neben der Kündigung der Mitgliedschaft die Möglichkeit einer Aussetzung und Einstellung der Mitgliedsbeitragszahlungen?*
3. *Welchen konkreten Nutzen zog die Stadt aus der Mitgliedschaft in den letzten drei Jahren? Bitte im Einzelfall ausführen (z. B. Stellungnahmen in deren Folge sich die Kosten für die Stadt aus der Erfüllung von Landesgesetzen reduziert haben, konkrete Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung der Stadt Halle etc.)*
4. *In welchen substantiellen Fällen hat der SGSA nicht die Interessen der Stadt Halle vertreten?*
5. *Wie beurteilt die Stadt eine fehlende Vertretung der Stadt Halle in einem kommunalen Spitzenverband?*
6. *Welche benachbarten mitteldeutschen Städte wären zur Gründung eines mitteldeutschen Landesverbandes des Deutschen Städtetages bereit?*
7. *Welche Kosten würden der Stadt hieraus entstehen?*
8. *Existiert eine vergleichbare Konstruktion bereits in anderen Bundesländern? Wenn ja, wie effektiv arbeitet diese?*
9. *Welche Rechte und Pflichten hätte eine derartige Institution?*
10. *Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Verwaltung zur Verbesserung der Interessenvertretung des SGSA für die Stadt Halle im Falle eines Verbleibes im Verband?*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Hauptausschuss

**zu 7.7 Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt im Gebiet der Ziegelwiese
Vorlage: V/2012/10964**

Frau Oberbürgermeisterin Szbados verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat Herrn Wehrich um eine Begründung zur Verweisung in den Jugendhilfeausschuss. Entsprechend der Zuständigkeitsordnung sei nicht erkennbar, dass dieser Ausschuss für eine öffentliche Bedürfnisanstalt auf der Ziegelwiese zuständig wäre.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, kritisierte die Verweisungen von Prüfanträgen. Es wäre nicht nachvollziehbar, weshalb über Prüfungen durch die Verwaltung in den Ausschüssen beraten werden müsse, zumal im Anschluss über die Ergebnisse gesprochen werde. Zudem lege die Verwaltung die Prüfergebnisse zu den Beratungen in den Fachausschüssen teilweise schon vor, so dass der Antrag in dem Moment erledigt wäre.

Auf Nachfrage von **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, erklärte **Herr Wehrich**, dass er seine Verweisung in die beiden Ausschüsse aufrecht erhalte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung überprüft die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt in unmittelbarer Nähe zur Ziegelwiese. Dabei sollen auch Varianten zur Finanzierung untersucht werden.

Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet die Stadtverwaltung den Ordnungs- und Umweltausschuss sowie den Planungsausschuss spätestens in den Sitzungen im November 2012.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Jugendhilfeausschuss

**zu 7.8 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung zur beidseitigen Öffnung von Einbahnstraßen der Altstadt für den Fahrradverkehr
Vorlage: V/2012/10995**

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte bezogen auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass diese nachvollziehbar sei. Dennoch soll mit dem Antrag aufgrund der Nachfragen von Bürgern und Einschreibung neuer Studenten eine Prioritätensetzung erfolgen bzw. geprüft werden, ob zeitnah eine beidseitige Öffnung von Einbahnstraßen in der Altstadt möglich sei.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass der Antrag aufgrund der bestehenden Beschlusslage überflüssig wäre und verwies im Zuge dessen auf die Stellungnahme der Verwaltung. Aus diesem Grund bat sie die antragstellende Fraktion den Antrag zurückzuziehen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, zitierte eine Aussage von Herrn Beigeordneten Stäglin im HalleSpektrum zu dem Artikel „Altstadt von Halle ab nächster Woche Tempo 20-Zone“:

„... Außerdem können Einbahnstraßen nun grundsätzlich für Radfahrer auch in der Gegenrichtung befahren werden, wenn alle weiteren noch zu berücksichtigenden Voraussetzungen dies erlauben ...“

Demzufolge wäre der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion erledigt. Seines Erachtens gelte dies auch für Tempo 30-Zonen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, wies darauf hin, dass die Aussage im HalleSpektrum nicht korrekt wiedergegeben sei. Er habe ausgeführt, dass damit die Grundlage für Prüfungen seitens der Straßenverkehrsbehörde gegeben wäre, die Straßen in der Altstadt für den Radverkehr in die entgegengesetzte Richtung der Einbahnstraße freizugeben. Dies sei aufgrund der Tempo 20-Zone für eine Vielzahl von Straßen gegeben.

Herr Krause, SPD-Fraktion, ging auf die Wortmeldung von Frau Dr. Brock ein und brachte zum Ausdruck, dass die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehbar sei. Man wolle aber nicht bis zum Vorliegen der Ergebnisse in der Stadtratssitzung am 12.12.2012 abwarten, sondern es soll jetzt eine Prüfung vorgenommen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados schlug vor, die konkreten Straßen im Beschlussvorschlag zu benennen, um deutlich zu machen, dass diese vor Einbringung des Gesamtkonzeptes im Dezember geprüft werden sollen.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass der Antrag der SPD-Fraktion nachvollziehbar und berechtigt wäre. Aus der Stellungnahme der Verwaltung vom 23.02.2012 zum gemeinsamen Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses, Vorlagen-Nummer: V/2012/10443 ginge hervor, dass das Verfahren zur Freigabe für den gegenläufigen Radverkehr in Einbahnstraßen äußerst kompliziert sei.

Entsprechend der Ausführungen von Herrn Kley gebe es aber offensichtlich vereinfachte Vorgaben für die beidseitige Öffnung von Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr bis zu Tempo 30-Zonen.

In dem Zusammenhang zitierte **Herr Sieber** von der Internetseite www.sicherestrassen.de:

„Ist in einer Einbahnstraße mit geringer Verkehrsbelastung die zulässige Höchstgeschwindigkeit durch Verkehrszeichen auf 30 km/h oder weniger begrenzt, so kann durch ein Zusatzschild der Fahrradverkehr in der Gegenrichtung zugelassen werden.“

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat die SPD-Fraktion, ihren Antrag zurückzuziehen. Anderenfalls werde er den Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung der Tagesordnung wegen eingetretener Erledigung der Angelegenheit stellen.

Seines Erachtens gebe es aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung und der Diskussion keinen Grund, den Antrag zu behandeln. Die Verwaltung lege bis zum 12.12.2012 die Ergebnisse der Prüfung zur Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr vor. Er gehe davon aus, dass dort auch die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt werden.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, erläuterte den Sachstand. Die Verwaltung berichte seit März 2012 fortlaufend im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, welche Straßen für den Radverkehr freigegeben werden.

Bezugnehmend auf den vorliegenden Antrag bot **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand** an, die Prüfung der in der Begründung genannten Straßen vorzuziehen und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu berichten.

Herr Krause, SPD-Fraktion, gab bekannt, dass er den Antrag seiner Fraktion aufgrund der Erklärung von Herrn Dr. Wiegand zurückziehe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine beidseitige Öffnung von Einbahnstraßen in der Altstadt für einzelne, weniger frequentierte Straßen in Frage kommt.

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen
durch Antragsteller

zu 7.9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dölau Vorlage: V/2012/10996

Herr Kley, FDP-Fraktion, erinnerte an die Einwohnerfragestunde zu diesem Thema und stellte im Zuge dessen den Antrag in Frage. Die Verwaltung verhindere anscheinend den geplanten Bau des Discounters durch immer neue Forderungen. Seines Erachtens sollte die Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen und dem Investor den Bau genehmigen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass hierbei ein anderer Konflikt bestünde. Seitens der Verwaltung sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Versorgungsdichte im Stadtteil Dörlau ausreichend wäre. Dies werde durch den vorliegenden Antrag konterkariert.

Die Problematik wurde bisher im Ausschuss nicht thematisiert und auch nicht im Zusammenhang mit dem Einzelhandelskonzept diskutiert. Insofern sollten sich Stadtrat und Verwaltung zu dieser Frage abstimmen und positionieren.

Infolge dessen verwies **Herr Häder** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Herr Müller, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass entgegen der Prüfung der Verwaltung eine große Mehrheit der Anwohner in Dörlau eine weitere Einkaufsmöglichkeit für notwendig erachte. Seiner Auffassung nach habe sich dieser Standpunkt auch bei der Verwaltung durchgesetzt.

Weiterhin merkte **Herr Müller** an, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen könne, obwohl dieser etwas unglücklich formuliert sei. Der Antrag werde seitens seiner Fraktion so interpretiert, dass mit dem Investor enger zusammengearbeitet und das Verfahren vorangetrieben werden soll, um den Discounter errichten zu können. Zudem hoffe er, dass sich durch die Verweisung das Verfahren nicht weiter verzögere.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., sah ebenfalls eine Nachfrage für die Errichtung einer weiteren Einkaufsmöglichkeit in Dörlau.

Anschließend ging **Herr Sieber** auf die Wortmeldung von Herrn Kley ein und erklärte, dass er diese nicht nachvollziehen könne. Die Kreuzung an der Alfred-Oelßner-Straße Richtung Krankenhaus wäre völlig überlastet. Die Errichtung des Discounters würde eine noch höhere Belastung dieser Kreuzung nach sich ziehen. Demzufolge könne nicht davon gesprochen werden, dass die Verwaltung die Maßnahme blockiere.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, widersprach den Ausführungen von Herrn Sieber. Es wurde in den letzten Jahren an dieser Kreuzung eine Verkehrsabnahme festgestellt. Lediglich zu bestimmten Uhrzeiten wäre eine hohe Belastung gegeben. Dies wäre aber kein Grund, dem Investor des Discounters den Umbau einer kompletten Kreuzung aufzuerlegen. Er gehe davon aus, dass in den nächsten Wochen eine klare Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass diese Thematik bereits in der vorangegangenen Wahlperiode diskutiert wurde und kritisierte, dass über Jahre hinweg dahin gehend keine Entscheidung getroffen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Stadtteil Dörlau durch das verstärkte Setzen von Anreizen ein Betreiber für eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil gewonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

- zu 7.10 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Regionalen Entwicklungsplan
Vorlage: V/2012/10998**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung möge ihre Stellungnahme und Empfehlungen zur Fortschreibung des Regionalen Entwicklungsplanes Halle im Planungsausschuss vorstellen und diese erläutern.

- zu 7.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967**

- zu 7.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion - Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte - Vorlage-Nr.: V/2012/10967
Vorlage: V/2012/11044**

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass er den Änderungsantrag der CDU-Fraktion übernehme.

Hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung brachte **Herr Kley** zum Ausdruck, dass er diese nicht nachvollziehen könne. Darin sei aufgeführt, dass die Umsetzung nicht möglich und ein Stadtratsbeschluss mangels Zuständigkeit rechtswidrig wäre. Er wies darauf hin, dass in Leipzig und anderen Städten die Einführung solcher Parkerlaubnishefte möglich war.

Darüber hinaus sei die Behauptung, dass die Straßenverkehrsbehörde keine Übersicht mehr hätte, wann, von wem und unter welchen Umständen die Ausnahmegenehmigung in Anspruch genommen werde, nicht korrekt. Die Parkerlaubnishefte wären genau gekennzeichnet, das jeweilige Unternehmen und das amtliche Kennzeichen seien dort aufgeführt.

Die Parkerlaubnishefte, so **Herr Kley** weiter, wären ausschließlich für halleische Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte bestimmt. Die Genehmigungen seien nur jeweils einmal nutzbar unter denselben Bedingungen wie die gegenwärtig von der Stadt Halle ausgereichten dauerhaften Ausnahmegenehmigungen.

Aufgrund dessen bat **Herr Kley** um nochmalige nachhaltige Prüfung des Sachverhaltes und einer Stellungnahme der Verkehrsbehörde. Zudem könne man sich auch bei der Stadt Leipzig entsprechend erkundigen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an. Die vorgenommenen Verweisungen könne er nicht nachvollziehen, da das Anliegen eindeutig dargestellt sei.

Des Weiteren kritisierte **Herr Dieringer** ebenfalls die Stellungnahme der Verwaltung. Für die Gewerbetreibenden und ansässigen Betriebe in der Stadt Halle wäre die Einführung der Parkerlaubnishefte ein positives Signal, dass die seitens der Verwaltung zugesicherte Unterstützung des örtlichen Handwerks tatsächlich auch umgesetzt werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 7.11.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion - Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte - Vorlage-Nr.: V/2012/10967
Vorlage: V/2012/11044**

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage der FDP-Fraktion wird im dritten Absatz wie folgt geändert:

*Antragsberechtigt sind Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbetreibende sowie Pflegedienste und Werttransporte aus Halle (Saale), deren Betrieb bei der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer gemeldet ist. **Das Erlaubnisheft gilt für ein Einsatzfahrzeug sowie ein Ersatzfahrzeug kann für alle Kraftfahrzeuge der Firma genutzt werden, der die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.** Die Kennzeichen sind anzugeben. Die Erlaubnis ist im Original mitzuführen und damit zeitgleich nur für ein Fahrzeug verwendbar.*

Abstimmungsergebnis:

erledigt
durch FDP-Fraktion übernommen

**zu 7.11 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967**

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) führt Parkerlaubnishefte für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte für das Stadtgebiet Halle (Saale) als Ausnahmegenehmigung gemäß § 46 StVO ein.

Die Erlaubnis berechtigt zum Parken in Parkzonen mit den Verkehrszeichen 286 (eingeschränktes Halteverbot), 290 (eingeschränktes Halteverbot für eine Zone), 314 (Parkplatz, außer Sonderparkplatz für Schwerbehinderte) im mit Parkuhren und Parkscheinautomaten bewirtschafteten Parkraum, sowie in Bewohnerparkzonen und in Fußgängerzonen. In diesen Bereichen wird durch das Parkerlaubnisheft das Parken für Reparatur- und Montagearbeiten sowie Pflegedienste und Werttransporte erlaubt, sofern dadurch keine Behinderung des fließenden Verkehrs oder der Feuerwehr verursacht wird und die Rettungswege frei bleiben.

*Antragsberechtigt sind Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbetreibende sowie Pflegedienste und Werttransporte aus Halle (Saale), deren Betrieb bei der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer gemeldet ist. **Das Erlaubnisheft gilt für ein Einsatzfahrzeug sowie ein Ersatzfahrzeug kann für alle Kraftfahrzeuge der Firma genutzt werden, der die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.** Die Kennzeichen sind anzugeben. Die Erlaubnis ist im Original mitzuführen und damit zeitgleich nur für ein Fahrzeug verwendbar.*

Ein Parkerlaubnisheft beinhaltet 50 Ausnahmegenehmigungen. Mit einer Ausnahmegenehmigung kann an einem Tag an bis zu vier Einsatzorten bis zu einer Gesamtdauer von acht Stunden geparkt werden.

Die Parkerlaubnishefte werden über das Ordnungsamt der Stadt Halle (Saale) ausgegeben.

Die Gebühren für ein Parkerlaubnisheft betragen 150 Euro.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

**zu 7.12 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Erhalt des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale) bei Bauvorhaben
Vorlage: V/2012/10974**

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bat um Zustimmung und erklärte, dass mit dem Antrag der Baumbestand in der Stadt Halle geschützt und erhalten werden soll, insbesondere bezogen auf die zukünftigen Bauvorhaben. Insofern sollte den bestehenden alten Bäume ein ähnlicher Stellenwert für die Stadtplanung und Stadtentwicklung eingeräumt werden, wie ihn Häuser und Wegebeziehungen haben.

Darüber hinaus brachte **Herr Sommer** zum Ausdruck, dass das derzeitige Verfahren nicht befriedigend wäre. Danach erhalte man im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit eine Übersicht, in der eine Vielzahl von Bäumen enthalten sei, die aufgrund von Bauvorhaben gefällt werden müssen, z. B. wurden für ein Vorhaben der Kunsthochschule Halle am Neuwerk 42 Bäume gefällt.

Herr Sommer bat Herrn Stäglin, die Intention des Antrages in die Verwaltung weiterzutragen, insbesondere im Hinblick auf die Fortführung der Baumaßnahmen in der Otto-Stomps-Straße bis hin zur Fiete-Schulze-Straße.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob der Antrag aufgrund der vorhandenen Baumschutzsatzung rechtsbindend sei und daraus eine Änderung an dem bisherigen Verfahren resultiere.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, machte darauf aufmerksam, dass der Antrag bei Zustimmung für städtische Vorhaben gelte. Für private Bauvorhaben wäre dies aber nicht zutreffend. Hierfür gelte, wie für städtische Vorhaben auch, das übliche Planungsrecht in Verbindung mit dem Naturschutzrecht und der Baumschutzsatzung. Erfahrungsgemäß sei bei den Wettbewerbsverfahren von Dritten aber auch immer Zielsetzung, den bestehenden Baumbestand weitestgehend zu erhalten.

Weiterhin erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass der Antrag seines Erachtens vor allem an die Stadtverwaltung und die Projekte, die die Stadtverwaltung betreut, gerichtet sei. Zudem unterstütze der Antrag nochmals seine Aussagen aus dem letzten Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF.

Darüber hinaus habe die Verwaltung die Konsequenzen aus den Problemen in der Otto-Stomps-Straße bereits gezogen. Dementsprechend liege für die Fiete-Schulze-Straße ein erstes Baumgutachten vor.

Infolge dessen machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass es wichtig sei, sich mit dem vorliegenden Antrag nochmals eindeutig zum Erhalt des Baumbestandes bei Bauvorhaben zu bekennen. Es könne aber nicht davon ausgegangen werden, dass dies bei allen Vorhaben zu 100 % möglich sei.

Abschließend wies **Herr Beigeordneter Stäglin** darauf hin, dass zu den jeweiligen Baumaßnahmen immer ein Abwägungsprozess stattfinden müsse. Beispielsweise können bei stringenter Umsetzung des vorliegenden Antrages in der Fiete-Schulze-Straße bestimmte Nebenanlagen nicht realisiert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, alle Bauplanungen (Hoch- oder Tiefbau) auf Grundstücken mit Baumbestand von Anfang an auf den weitestgehenden Erhalt der vorhandenen Bäume nach Maßgabe der naturschutzgesetzlichen Bestimmungen und der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale) als Planungsziel auszurichten. Der Baumbestand ist zu diesem Zweck im Regelfall bereits zu Beginn der Planungsüberlegungen u.a. auf seine Entwicklung und Gesundheit zu begutachten.

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, zukünftig für alle Bauplanungen (Hoch- oder Tiefbau) auf Grundstücken mit Baumbestand weitestgehend den Erhalt der vorhandenen Bäume als ein klares Planungsziel vorzugeben. Gegebenenfalls ist der Baumbestand vor Beginn der Planungen auf seine Entwicklung und Gesundheit zu begutachten.

**zu 7.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Korruptionsprävention
Vorlage: V/2012/10985**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, nannte die Hintergründe für die Einbringung des Antrages ihrer Fraktion. Dieser resultiere aus einer Anregung im Rechnungsprüfungsausschuss.

Im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Feststellung der Jahresrechnung 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Informationen zu erhaltenen Sponsoringleistungen seitens der Verwaltung in Einzelaufstellung abgebildet werden müssen. Dies wäre ebenso eine Vorgabe des Landes.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab bekannt, dass sie den Antrag ausdrücklich unterstütze und wies darauf hin, dass ihre Fraktion bereits Anfang 2011 einen entsprechenden Antrag dahin gehend eingebracht habe. Damit sollte eine Auflistung zum Sponsoring in der Kernverwaltung erfolgen und dies anschließend auch auf die städtischen Unternehmen übertragen werden. Der Antrag ihrer Fraktion wurde damals ablehnend beschieden.

Zudem machte **Frau Krausbeck** darauf aufmerksam, dass in Magdeburg eine Vorlage zu Sponsoringleistungen in der Verwaltung einschließlich der Gegenleistung dem Stadtrat vorgelegt werde.

Herr Müller, CDU-Fraktion, erklärte, dass er dem Antrag grundsätzlich folgen könne, dieser aber seines Erachtens zu unbestimmt sei und konkreter formuliert werden sollte. Beispielsweise wäre hinsichtlich der Empfänger nicht eindeutig, ob hier nur die Verwaltung oder die kommunalen Unternehmen oder alle Empfänger erfasst werden sollen.

Aufgrund dessen verwies **Herr Müller** den Antrag namens der Fraktion in den Rechnungsprüfungsausschuss sowie in den Hauptausschuss.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und begründete dies. Er könne die Intention des Antrages zwar nachvollziehen, jedoch sollte über die im Beschlussvorschlag genannten Angaben diskutiert werden, um potenzielle Sponsoren, welche z. B. nicht genannt werden wollen, nicht zu verprellen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass der Antrag mit rechtlichen Grundlagen nicht übereinstimme. Sponsoringleistungen seien im Steuerrecht eindeutig definiert und wären mit einer Gegenleistung verbunden. Dies wäre gegenüber einer Kommune nicht möglich und vermutlich auch nicht Intention des Antrages.

Insofern sollte in den Ausschüssen über die begrifflichen Definitionen diskutiert und eine entsprechende Formulierung gefunden werden sowie bezogen auf die Ausführungen von Frau Krausbeck hinsichtlich kommunaler Unternehmen das Ziel des Antrages klar definiert werden.

Darüber hinaus sollte der Antrag insgesamt weiter gefasst werden und auch für die Verwaltung, kommunale Unternehmen und Dritte ein klarer Weg aufgezeigt werden, um nicht in den Verdacht der Bestechung zu geraten.

Herr Kley bat die Verwaltung, hierfür entsprechende Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

in einem jährlichen Bericht entsprechende Einzelaufstellungen über erhaltene Geld-, Sach- und Dienstleistungen aus Sponsoring mit einem Wert von mehr als 1.000 Euro in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Neben den Angaben

- des Empfängers der Leistung,*
- der Bezeichnung der Sponsoringleistung,*
- der Höhe des Geldbetrages/des Wertes der Leistung*
- der Verwendung der Sponsoringleistung*

soll auch die Angabe des Gebers namentlich erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
**Rechnungsprüfungsausschuss,
Hauptausschuss**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**zu 7.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines
Konzeptes für Trinkwasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Gründe für die Einbringung des Antrages ihrer Fraktion. Das Trinkwasser in der Stadt Halle habe eine ausgezeichnete Qualität. Dennoch trinken insbesondere Kinder zu wenig bzw. oftmals stark zuckerhaltige Getränke.

In anderen Städten wurden bereits Trinkwasserbrunnen installiert, wie z. B. in Karlsruhe, Warnemünde, Rudolstadt und München.

In der Stadt Halle könne möglicherweise im Zuge der Umbaumaßnahmen am Steintor ein solcher Trinkwasserbrunnen errichtet werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte deutlich, dass die Intention des Antrages wichtig sei. Seine Fraktion hatte bereits einen ähnlichen Antrag im Hinblick auf Trinkwasseranlagen in Schulen eingebracht. Hierzu gebe es hinsichtlich der körperlichen Entwicklung und der Konzentrationshaltung der Kinder im Zusammenhang mit ihrem Trinkwasserverhalten entsprechende Studien.

Aus diesem Grund bat **Herr Krause** darum, in die Prüfung auch Schulen und öffentliche Gebäude einzubeziehen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass der Antrag äußerst allgemein gehalten sei und Fragen zur Errichtung und zukünftigen Betreuung der Brunnen nicht berücksichtigt wurden.

In Anbetracht dessen verwies **Herr Kley** den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Einbeziehung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zu prüfen, an welchen geeigneten öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet Trinkwasserbrunnen installiert werden können und welche Bau- und Folgekosten damit verbunden wären.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

zu 7.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl von Beigeordneten in Halle
Vorlage: V/2012/11002

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte das Ziel des Antrages. Damit soll analog der Stadt Magdeburg zukünftig der Ausschreibungstext Bestandteil des Beschlussvorschlages sein, um bei Bedarf Änderungen vornehmen zu können.

Frau Dr. Brock verwies den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss, um dort detailliert darüber beraten zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zukünftigen Vorlagen zur Festlegung des Wahltages von Beigeordneten der Stadt Halle den Text der Stellenausschreibung als abänderbare Anlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Hauptausschuss

zu 7.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Radtourismus in der Region Halle
Vorlage: V/2012/10999

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion und nannte die Gründe für die Einbringung. Der Radtourismus sei ein boomendes Segment und werde als Wirtschaftszweig immer wichtiger. Auch in der Region Halle wäre ein äußerst hohes Potenzial für Radtourismus vorhanden. Dieses sei allerdings nicht ansatzweise ausgeschöpft.

Entsprechend der Begründung zum Antrag wurden die überregionalen Radwege aufgelistet, von denen die Stadt Halle betroffen sei. Diese sollten der Ansatzpunkt sein, um ein abgestimmtes Radtourismuskonzept zu entwickeln. Dadurch würden die Übernachtungszahlen in der Stadt Halle steigen und die Region allgemein an Attraktivität gewinnen.

Darüber hinaus machte **Herr Wehrich** deutlich, dass die Erarbeitung eines Radtourismuskonzeptes nur mit den umliegenden Städten und Gemeinden sinnvoll erschlossen werden könne. Insofern sollte im Rahmen der im Mai 2012 unterzeichneten Tourismusvereinbarung mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis ein Radtourismuskonzept erstellt werden.

Bezugnehmend auf den Burgenlandkreis wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass dieser ein Radwegekonzept ausschließlich für seinen Kreis erstellt habe und keine Anschlüsse an die Nachbarkreise aufzeige. Dies könne nicht Sinn und Zweck sein.

Des Weiteren sollten seines Erachtens auch die Radrouten in den Saalekreis stärker berücksichtigt werden, um Freizeitradrouten zu entwickeln, eine bessere Ausschilderung vorzunehmen und diese entsprechend prioritär auszubauen.

Im Zuge dessen erinnerte **Herr Wehrich** an eine gemeinsame Hauptausschusssitzung der Stadt Halle mit dem Saalekreis vor etwa drei Jahren, in der der Radverkehr thematisiert wurde und Einvernehmen bestand, dass der Radverkehr im Saalekreis und der Stadt Halle stärker entwickelt werde. Bisher sei dahin gehend keine Umsetzung erfolgt. Als weiteres Beispiel nannte er die Radroute zum Petersberg, welche ebenfalls nicht entsprechend ausgeschildert und nicht in einem durchgehend guten Zustand wäre.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados merkte an, dass bereits erkannt wurde, dass die Radwege maximal bis zu den Landesgrenzen dargestellt seien. Aus diesem Grund wurde entsprechend der Beschlussfassung in der letzten Sitzung des Lenkungsausschusses der Metropolregion Mitteldeutschland die Arbeitsgruppe Mobilität und Verkehr beauftragt, die Radwege in Mitteldeutschland zu prüfen und eine Karte mit allen vorhandenen Radwegen zu entwickeln. Zudem sollen zweckmäßige Verbindungen zwischen den einzelnen Radwegen herausgearbeitet werden.

Darüber hinaus schloss sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Ausführungen von Herrn Wehrich an, dass für die Radrouten im Burgenlandkreis keine Ansatzpunkte zu Nachbarkreisen zu finden seien.

Zudem machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass sie hinsichtlich des Radroutenkonzeptes bereits mit dem Landrat des Saalekreises und des Burgenlandkreises gesprochen habe. Diese wären zur Zusammenarbeit bereit. Insofern seien ihres Erachtens die Überlegungen auf der Ebene der Metropolregion Mitteldeutschland die zielführenden, da dort die Leitung der Arbeitsgruppe bei der Stadt Halle liege.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH, im Rahmen der Umsetzung der im Mai 2012 unterzeichneten Tourismusvereinbarung mit dem Saalekreis und dem Burgenlandkreis die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die Bildung einer Radtourismusrregion zu initiieren und ein abgestimmtes Routenkonzept für Freizeit- und touristische Radrouten zu entwickeln.

zu 7.17 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft
Vorlage: V/2012/10997

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Gründe für die Einbringung. Das Universitätsklinikum sei ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt Halle. Aufgrund der Prüfungen der Landesregierung, das Universitätsklinikum Halle zu privatisieren, liege es im Interesse des Stadtrates, sich zu diesem Vorhaben zu positionieren.

Die medizinische Fakultät und die Klinik selbst haben sich gegen einen Verkauf ausgesprochen. Zudem zeigen Erfahrungen der Universitätskliniken in Gießen und Marburg, dass Privatisierungen und die Aufrechterhaltung eines gemeinnützigen Versorgungsauftrages und Forschungstätigkeit nicht übereinkommen.

Demzufolge würde bei einer Privatisierung des Universitätsklinikums ein absehbarer Schaden für die Stadt Halle entstehen. Aufgrund dessen sollte der Gemeinnützigkeitsauftrag des Klinikums sowie die Qualität von Forschung und Lehre erhalten werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich bei der antragstellenden Fraktion ausdrücklich für die Einbringung des Antrages. Er bemühe sich auf Landesebene bereits seit Monaten, eine Privatisierung zu verhindern, da diese u. a. auch ein wesentlicher Standortfaktor für Studenten, die Universität und die Stadt Halle sei.

Seines Erachtens stelle eine Privatisierung auch im Sinne von Veräußerung von Anteilen des Universitätsklinikums Halle an einen privaten Anbieter tatsächlich eine große Gefahr für die Qualität von Forschung und Lehre dar. Dies ginge auch mit Blick auf die Folgen der Privatisierung in Gießen und Marburg hervor.

Hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung erklärte **Herr Lange**, dass er diese nur bedingt nachvollziehen könne. Die antragstellende Fraktion schließe die Rechtsform einer gGmbH nicht aus, da es hierbei um einen gemeinnützigen Weiterbetrieb ginge und die öffentliche Trägerschaft erhalten werden soll. Insofern wäre auch eine Teilprivatisierung seitens des Antragstellers ausgeschlossen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne und nannte die Gründe dafür. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Stadt die städtischen Kliniken privatisiert habe und nun an das Land appellieren wolle, die Universitätsklinik nicht zu privatisieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados widersprach Herrn Häder. In Abstimmung mit dem Stadtrat wurde damals bewusst die Entscheidung getroffen, dass die städtischen Kliniken in eine frei gemeinnützige Trägerschaft übergehen und nicht an den Meistbietenden übertragen werden. Damit sollte die Gemeinnützigkeit und die Krankenhauslandschaft in der Stadt Halle in seiner öffentlichen und frei-gemeinnützigen Struktur erhalten bleiben.

Aufgrund dessen habe sie entsprechend ihrer Stellungnahme den Vorschlag unterbreitet, dass der Beschlusstext dahin gehend ergänzt werde, dass bei einer Änderung die Gemeinnützigkeit in den Vordergrund zu stellen sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass der Antrag verschiedene Optionen beinhalte und ihm die Prüfung der unterschiedlichen Möglichkeiten einer Privatisierung durch das Land derzeit nicht klar sei. Beispielsweise könne auch eine Privatisierung in öffentliche Trägerschaft erfolgen.

Herr Krause machte deutlich, dass daher der Appell in der vorliegenden Form nicht an das Land gerichtet werden könne und verwies den Antrag namens der Fraktion in den Hauptausschuss. Dort sollte über die Vorstellungen der Stadt und des Stadtrates diskutiert werden, unter welchen Bedingungen einer Privatisierung möglicherweise zugestimmt werden könne.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass in den vergangenen Monaten aufgrund der Überlegungen des Landes, das Universitätsklinikum zu privatisieren, eine Vielzahl von Gesprächen stattgefunden habe. Initiiert wurden diese vom Universitätsklinikum selbst, das sich mit einer Privatisierung eine bessere Handlungsfähigkeit hinsichtlich Kreditaufnahmen und der Kooperation mit Dritten erhofft habe. Seitens der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD wurde geäußert, dass man diesem Vorschlag nicht folgen wolle und eine Privatisierung nicht in Frage komme.

Aus vorgenannten Gründen brachte **Herr Bönisch** zum Ausdruck, dass der Antrag nicht nachvollziehbar sei. Der Sachverhalt wäre bereits erledigt. Seine Fraktion könne dem Antrag zwar zustimmen, hierbei wolle sich die antragstellende Fraktion aber lediglich profilieren und die Ängste der beteiligten Personen schüren.

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass der Antrag selbst sowie dessen Behandlung nicht nachvollziehbar seien. Das Universitätsklinikum befinde sich in Trägerschaft des Landes, so dass die Zuständigkeit des Stadtrates nicht gegeben wäre. Der Antrag habe auch keinerlei Auswirkungen, da dies ausschließlich Landespolitik sei.

Darüber hinaus widersprach **Herr Kley** den Ausführungen von Herrn Lange, dass bei einer Privatisierung die Qualität von Forschung und Lehre leide. Aus dem Jahresabschluss des Universitätsklinikums ginge eindeutig hervor, dass das Land erhebliche Summen für Forschung und Lehre investiere, welche abseits des normalen Klinikbetriebes zur Finanzierung einfließen. Insofern erfolge die Finanzierung des Klinikums aus eigenen Erträgen, aus der medizinischen Behandlung sowie aus Zuwendungen des Landes.

Des Weiteren wies **Herr Kley** darauf hin, dass die Behauptung der antragstellenden Fraktion, dass bei einer Privatisierung die Leistung des Klinikums nachlassen würde, in keinsten Weise nachvollziehbar wäre. Die Leistungen der Krankenhäuser in der Stadt Halle seien keineswegs schlecht. Auch die Berufsgenossenschaftlichen Kliniken Bergmannstrost wären ein hervorragendes Krankenhaus und mit Hamburg das einzige Brandverletzentrum in Deutschland. Ebenso haben sich die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus Martha-Maria in Dölau nach Aussagen der Mitarbeiter nach der Privatisierung deutlich verbessert.

Zudem ging **Herr Kley** auf die Privatisierung des Universitätsklinikums in Gießen und Marburg ein. Die Verluste und Probleme resultieren aus den zuvor geschlossenen Konditionen. Hier mussten Investitionen getätigt, weitere Mittel erwirtschaftet sowie in einen Fond eingezahlt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für den Verbleib des Universitätsklinikums Halle in öffentlicher Trägerschaft aus und appelliert an Landesregierung und Landtag, die Erfüllung von dessen gemeinnütziger Aufgabenstellung auch weiterhin durch eine nicht-kommerzielle organisatorische Rechtsform sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Hauptausschuss

zu 7.18 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von Mobilitätsstationen Vorlage: V/2012/10994

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung und erläuterte das Ziel des Antrages ihrer Fraktion. Damit soll Car-Sharing, Fahrradnutzung und öffentlicher Personennahverkehr sinnvoll verknüpft werden, so dass Schnittstellen entstehen, um die Innenstadt von Stellplatzproblemen und PKWs zu entlasten. Nach Auffassung ihrer Fraktion gebe es seitens der Bürger hierfür entsprechende Nachfrage.

Darüber hinaus bedankte sich **Frau Krausbeck** bei der Stadtverwaltung, dass eine Zustimmung empfohlen und der Prüfantrag bereits aufgegriffen wurde. Dennoch sollte trotz der rechtlichen Probleme und unter Berücksichtigung, dass die Anbieterneutralität gewahrt bleibe, versucht werden, entsprechende Möglichkeiten im öffentlichen Raum zu schaffen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, da es in der Stadt Halle kein reales Car-Sharing gebe. Im Zuge dessen erinnerte er an ein Vorhaben im Johannesviertel, in dem die Stadt vor einigen Jahren Car-Sharing einrichten wollte. Die Anwohner des Johannesviertel sollten auf ihren PKW verzichten und Car-Sharing nutzen.

Aufgrund dessen wurde dort eine Station von teilAuto eingerichtet. Dies wäre allerdings kein Car-Sharing-Anbieter, sondern ein üblicher Autovermieter. Lediglich aufgrund der Behauptung, Car-Sharing anzubieten, erhalte teilAuto besondere Konditionen bezüglich der Stellplätze.

Weiterhin wurden in der Stadt Halle anderweitige Plätze in der Nähe von Straßenbahnhaltestellen dafür zur Verfügung gestellt. Diese werden aber offensichtlich nicht genutzt, da bisher keine Entlastung des Fahrzeugverkehrs festgestellt wurde.

Insofern sei man in der Stadt Halle anscheinend nicht bereit, sich zusammenzuschließen, um Car-Sharing in Anspruch zu nehmen. Dies wäre auch nur unter diesen Voraussetzungen zweckmäßig.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies zunächst darauf hin, dass autofreies Wohnen, wie von Herrn Kley dargestellt, und Car-Sharing nicht miteinander vergleichbar wären.

Darüber hinaus machte **Herr Wehrich** deutlich, dass teilAuto ein Car-Sharing-Anbieter sei. In der Stadt Halle funktioniere Car-Sharing sehr gut und dieses Angebot nutze eine Vielzahl der halleschen Bürger. Aufgrund dessen soll mit dem Antrag das bestehende erfolgreiche Angebot weiter entwickelt werden.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, erklärte, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde und schloss sich den Ausführungen von Herrn Kley an. Nach Auffassung seiner Fraktion bestünde keine Notwendigkeit für einen solchen Antrag. Seinen Informationen zufolge wäre das bereits bestehende Angebot, wie z. B. im Paulusviertel, völlig ausreichend.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., erläuterte den Unterschied zwischen Car-Sharing und Autovermietung. Beim Car-Sharing bestünde eine Art Dauervertragsverhältnis, so dass hierbei auch eine stundenweise Mietung eines PKW möglich sei. Zudem wäre Car-Sharing daran ausgerichtet, dass möglichst viele Stellplätze wohnortnah eingerichtet werden. Bei der Autovermietung sei dies in der Form grundsätzlich nicht möglich.

Des Weiteren brachte **Herr Sieber** zum Ausdruck, dass die Nutzung von Car-Sharing von der Vielzahl der Standorte abhängig sei. In der Stadt Halle wären zu wenig wohnortnahe Car-Sharing-Parkplätze eingerichtet und aufgrund dessen die Nutzung entsprechend gering. Beispielsweise habe die Stadt Bremen über 5.000 Mitglieder, da die Stadt massiv versuche, Car-Sharing-Parkplätze anzubieten. Die Stadt Halle habe hingegen nur ca. 1.500 Mitglieder.

Herr Kley, FDP-Fraktion, teilte mit, dass bis vor drei Jahren jeder Inhaber eine ABO-Karte der HAVAG auch zwangsläufig Mitglied bei teilAuto war. Dennoch wurden die Angebote von teilAuto nicht in dem Maße genutzt, so dass seines Erachtens hierfür kein Handlungsbedarf bestünde.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Wortmeldung von Herrn Bönisch und konnte diese nicht nachvollziehen. Aufgrund dessen, dass im Paulusviertel Car-Sharing gut funktioniere, sollte doch eine solche Möglichkeit auch in anderen Bereichen der Stadt Halle geschaffen werden.

Der Bedarf wäre vorhanden und mit dem Antrag soll den halleschen Bürgern kurzfristig ein PKW bereitgestellt werden. Dies wäre bei Autovermietern nicht möglich. Hier müsse der jeweilige PKW für einen Tag gemietet werden.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Wehrich** um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte nochmals klar, weshalb er keine Notwendigkeit für einen solchen Antrag sehe. Das Angebot von Car-Sharing-Parkplätzen erfolge marktgerecht. Bei den bereits existierenden Mobilitätsstationen, wie z. B. im Paulusviertel, wäre der Bedarf vorhanden und die Nutzer mit dem Angebot zufrieden. Sollte in anderen Bereichen der Stadt ebenfalls Bedarf bestehen, werden Anbieter von Car-Sharing dort eigenständig reagieren. Dazu sei ein solcher Antrag nicht erforderlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

21 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung von Carsharing-Parkplätzen mit Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Verkehrsraum in Halle bis Ende des I. Quartals 2013 zu prüfen. Im Rahmen der Prüfung sind beispielsweise Entwicklung, Teilentziehung und Sondernutzung mit zu berücksichtigen.
2. Sollte die Prüfung ergeben, dass eine Realisierung in Halle möglich ist, setzt sich die Stadtverwaltung mit geeigneten Anbietern von Car-Sharing zur Realisierung des Vorhabens in Verbindung. Die Anbieter sollten das Umweltzeichen „Blauer Engel“ nachweisen.

**zu 7.19 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und erläuterte die Gründe für die Einbringung. Dem Stadtrat wurde letztmalig im Jahr 2004 ein Bibliotheksentwicklungsplan der Stadtbibliothek Halle vorgelegt.

Insbesondere vor dem Hintergrund neuester Erkenntnisse, dass die Stadtbibliothek Halle im Vergleich zu anderen Städten äußerst schlecht abschneide, sollte eine konzeptionelle Weiterentwicklung erfolgen.

Abschließend merkte **Frau Dr. Brock** an, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch der Verein „Freunde der Stadtbibliothek Halle e. V.“ die Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplanes der Stadtbibliothek für erforderlich erachten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass sie dem Antrag zustimmen könne und eine Weiterentwicklung dahin gehend erfolgen müsse. Sie wies darauf hin, dass der Antrag aus der letzten Sitzung des Kulturausschusses aufgrund ihrer Frage zum Ranking des Deutschen Bibliotheksverbandes resultiere.

Darüber hinaus verwies **Frau Dr. Bergner** den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss, um dort über die im Antrag genannten Kriterien des Bibliotheksentwicklungsplanes zu beraten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag zudem in den Bildungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2013 eine Fortschreibung des „Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2004 bis 2007“ zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Bibliotheksentwicklungsplan soll insbesondere Aussagen zu folgenden Aspekten treffen:
 - Profil und Bestand der Zentralbibliothek, Musikbibliothek, Fahrbibliothek und der Stadtteilbibliotheken
 - Strategische Ziele bzgl. der Bestandsentwicklung; insbesondere konkrete Maßnahmen:
 - zur Erweiterung der LeserInnenschaft und Erschließung neuer Nutzergruppen
 - zur Erhöhung der Nutzungsintensität, Verfügbarkeit und Effizienz des Bestandes
 - zur verstärkten Einführung elektronischer Medien
 - zur Mittelakquise (Sponsoring, Fundraising, privatwirtschaftliche Betätigungen etc.)
 - Entwicklung der Online-Informationendienste
 - Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Integration von MigrantInnen
 - Barrierefreier Zugang
 - Öffnungszeiten und Personalentwicklung
 - Gebäude- bzw. Raumsituation
 - Konsolidierungsvorhaben
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Konzeption

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den
Kulturausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Bildungsausschuss

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/10945**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Teilnahme der Oberbürgermeisterin an einer Aufsichtsratssitzung der ENDI AG
Vorlage: V/2012/10946

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Fragestellung der Anfrage seiner Fraktion etwas ungenau formuliert wurde und demzufolge die Antwort der Verwaltung folgerichtig war, da nicht die Stadt Halle, sondern die Stadtwerke Halle Anteile an der EnD-I AG gehalten hatten.

Weiterhin nahm **Herr Dr. Meerheim** zur Kenntnis, dass der Stadtrat der Oberbürgermeisterin die Tätigkeit als Mitglied im Aufsichtsrat der EnD-I AG genehmigt habe.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Grund-
sicherung im Alter oder bei voller Erwerbsminderung**
Vorlage: V/2012/10955

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE.) zu
den Migrantenheimen in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2012/10953

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Verbesse-
rung von Fuß-und Straßenwegen in der Ortslage Ammendorf/ Rade-
well**
Vorlage: V/2012/10977

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.6 **Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE.) zur Thematik "Bevölkerungsentwicklung- Wirtschaftsförderung"**
Vorlage: V/2012/10978

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 **Anfrage der Stadträtin Dr. Petra Sitte (Fraktion DIE LINKE.) zum Betrieb und Weiterentwicklung des kostenfreien WLANs auf dem Marktplatz**
Vorlage: V/2012/10972

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.8 **Anfrage der CDU-Fraktion zu Fahrradstellplätzen**
Vorlage: V/2012/10960

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.9 **Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand Breitbandausbau**
Vorlage: V/2012/10961

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.10 **Anfrage des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zum Grundstück zwischen Charlotten- und Gottesackerstraße**
Vorlage: V/2012/10962

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.11 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Wissenstransfer beim Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10965

Herr Müller, CDU-Fraktion, bedankte sich für die Antwort und bat darum, diese Thematik auch weiterhin zu verfolgen und ernst zu nehmen. Insbesondere bei kleineren Verwaltungsstrukturen, bei denen mehrere Mitarbeiter ausscheiden und eine Nachbesetzung aus Haushaltsgründen erst später erfolgen könne, werden die Auswirkungen deutlich.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.12 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Saalestützmauern im Bereich Saline/MMZ
Vorlage: V/2012/10966

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass die zweite Frage hinsichtlich des baulich schlechten Zustandes und der Einsturzgefahr der westlichen Stützmauer im Bereich Saline/MMZ nicht beantwortet wurde.

Infolge dessen bat **Herr Scholtyssek** um Prüfung, ob bei einem möglichen Einsturz der westlichen Stützmauer Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können. Im Zuge dessen wäre dies ein zusätzliches Argument für die Beantragung von Fördermitteln.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte dahin gehend eine Prüfung zu. Gleichzeitig erinnerte er an die Haushaltsberatungen für das Jahr 2012, in der für beide Stützmauern Mittelanmeldungen für die Haushaltsplanung erfolgten.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Pflasterschäden in Halle
Vorlage: V/2012/10771

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.14 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur GEMA-Tarifreform und deren Auswirkungen auf Stadtteil- und Familienfeste sowie ähnliche Veranstaltungen
Vorlage: V/2012/11001

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich für die Antwort und bat darum, diese Thematik im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zu erörtern, da seines Erachtens weiterer Beratungsbedarf dazu bestünde.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.15 Anfrage der Stadträtin Martina Wildgrube (FDP) und des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Selbsterzeugern im Rahmen der Marktsatzung
Vorlage: V/2012/10969

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.16 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Jahresrechnung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10971

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.17 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Gebietsänderungsvertrag zwischen Landsberg und der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10970

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.18 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Überschwemmungen in Nietleben
Vorlage: V/2012/10968

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum städtischen Kostenanteil am "Feuerwehr-Führerschein"- Förderprogramm der Landesregierung
Vorlage: V/2012/11004**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat bei Vorliegen der Regelungen zum Förderprogramm um entsprechende Mitteilung.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zahl der Lehrkräfte an städtischen Schulen zum Schuljahresbeginn
Vorlage: V/2012/11000**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Oktober 2012 vertagt.

**zu 8.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Erarbeitung eines Raumkonzeptes der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2012/10993**

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte bezogen auf die Antwort der Verwaltung, weshalb die Stadt Halle als sogenannter Ankermieter am Riebeckplatz zur Verfügung stünde. Seitens des Stadtrates wurde dahin gehend noch kein Beschluss gefasst.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, antwortete, dass diese Frage noch nicht zu diskutieren sei, da noch keine entsprechenden Beschlüsse gefasst wurden und Prüfungen durch die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) noch erfolgen müssen.

Derzeit befinde man sich gemeinsam mit den städtischen Unternehmen in Beratungen, inwieweit eine Verwaltungskonzentration vorgenommen werden könne, um Synergien zu schaffen.

Zunächst sollte aber von der HWG ein Realisierungskonzept vorgelegt werden. Entsprechend der Antwort der Verwaltung werde ein Wettbewerbsverfahren vorbereitet.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die unterschiedlichen Diskussionen dazu, wie z. B. am Hochhaustisch, bei denen u. a. über die Optimierung von Verwaltungsstandorten beraten wurde. Hierbei wäre aber die Stadtverwaltung gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen zu betrachten.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Bibliotheken und Leseräumen an Schulen
Vorlage: V/2012/10991

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im Oktober 2012 vertagt.

zu 8.24 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Nutzen der Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) in der Metropolregion Mitteldeutschland/Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland e.V.
Vorlage: V/2012/10976

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zur Frage 5. Darin wäre aufgeführt, dass zum jetzigen Zeitpunkte der Entwicklung nicht abschließend zu beantworten sei, inwieweit die Stadt diese Ziele in nur einem Netzwerk einlösen könne.

Aufgrund dessen bat **Herr Häder** darum, dass diese Prüfung zeitnah abgeschlossen werde, um eine endgültige Aussage zu erhalten, zumal eine Geschäftsstelle der Metropolregion unter einem Dach mit der Wirtschaftsinitiative etabliert werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass seitens der Verwaltung eine Vorlage in den Stadtrat eingebracht werde hinsichtlich der Umwandlung der Metropolregion Mitteldeutschland in einen eingetragenen Verein.

In der Sitzung des Lenkungsausschusses wurde sich darauf verständigt, dass die beteiligten Städte in der Metropolregion zeitgleich im Oktober und November ihre Stadträte mit dem Thema der Umwandlung in einen eingetragenen Verein befassen.

Darüber hinaus wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass die Städte der Metropolregion deutlich signalisiert haben, weiterhin mit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland zusammenarbeiten und kooperieren zu wollen, aber keine Vermischung im organisatorischen Sinne beabsichtigt sei. Zudem merkte sie an, dass der Mitgliedsbeitrag bereits wesentlich gesenkt wurde.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.25 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Ergebnissen der Mitgliedschaft im EuroIndia Center
Vorlage: V/2012/10979

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.26 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Betreuungsplätzen für Kinder in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10980**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte, dass die Antwort der Verwaltung so zu interpretieren sei, dass den Betroffenen bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für Kinder weder geholfen werden könne noch geholfen werden wolle. Insofern hätte sie eine deutlichere Antwort erwartet.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.27 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Konzepten der Eingewöhnungsphase in Kindertagesstätten
Vorlage: V/2012/10987**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.28 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Satzung der Zweitwohnungssteuer
Vorlage: V/2012/10990**

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, erklärte sich mit der Beantwortung hinsichtlich der Frage 1 nicht einverstanden. Sie wies darauf hin, dass das Verwaltungsgericht Halle bereits zum dritten Mal die Regelung für eine Zweitwohnungssteuer in der Stadt Halle beanstandet habe. Im Vergleich mit anderen Städten betreibe die Stadt Halle hier einen äußerst hohen Rechtsaufwand

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.29 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zum Saalhornmagazin
Vorlage: V/2012/10983**

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, merkte an, dass das Saalhornmagazin ausgenommen dem Anschluss zum Heizhaus im Wesentlichen fertiggestellt sei. Demzufolge sollten die Sicherungsmaßnahmen bis zur endgültigen Fertigstellung weiter verfolgt und anschließend die Nutzung des Gebäudes sichergestellt werden.

Hinsichtlich der zukünftigen Nutzung bat **Herr Sommer**, z. B. mit dem Architekten, über bessere Möglichkeiten nachzudenken. Mit der Antwort der Verwaltung wäre er dahin gehend nicht zufrieden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.30 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zur Beibehaltung der Ersatzvornahmekosten für die Entfernung von Wahlplakaten nach der Landtagswahl 2011
Vorlage: V/2012/10984

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Ausschreibungstext für den Vertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung der Georg-Friedrich-Händel-Halle - Informationsvorlage
Vorlage: V/2012/10936

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Ausländerbeiratswahl 2012 - Informationsvorlage
Vorlage: V/2012/10913

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass die Verwaltung im Oktober eine Vorlage einbringen werde, die Plastik "Der Lesende" von Professor Martin Wetzels an einem anderen Standort aufzustellen. Der bisherige Standort der Plastik sei durch den umliegenden Bewuchs etwas aus der öffentlichen Beachtung verschwunden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte darüber, dass sich die Franckeschen Stiftungen für die Aufnahme als Stätte des UNESCO-Weltkulturerbes beworben haben. Die Stadt wolle ihre Unterstützung dafür aussprechen und werde im Oktober eine entsprechende Vorlage einbringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte über die Anfrage der armenischen Gemeinde hinsichtlich der Aufstellung eines Kreuzsteines. Die Verwaltung stehe dem positiv gegenüber und suche derzeit nach einem geeigneten Standort. Die Aufstellung soll im Jahr 2015 zum 100-jährigen Gedenken an den Genozid an den Armeniern erfolgen.

Weiterhin wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass der Bundestag dahin gehend eine entsprechende Resolution verfasst habe. Auf Grundlage dessen halte sie es für zielführend, dass der Stadtrat mit dieser Thematik befasst werde. Daher werde die Verwaltung im November eine entsprechende Vorlage in den Stadtrat einbringen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass eine Gedenktafel für Herrn Prof. Goltz in Erarbeitung sei. Sie wäre sehr erfreut darüber, dass diese jetzt auf den Weg gebracht werden konnte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte hinsichtlich des Konzeptes zur Finanzierung und Weiterbetreuung der Parkeisenbahn Peißnitzexpress mit, dass hierzu mehrere Gespräche mit den Beteiligten stattgefunden haben.

Im Ergebnis der Prüfung verschiedener Möglichkeiten habe die HAVAG der Stadt eine Vertragsfortsetzung zur Betriebsführung der Parkeisenbahn Peißnitzexpress unterbreitet, welche den Weiterbetrieb über das Jahr 2013 hinaus unbefristet regelt. Der städtische Zuschuss konnte mit 12.500 € brutto pro Jahr deutlich reduziert werden.

Die HAVAG und der Förderverein Parkeisenbahn Peißnitzexpress Halle e. V. wollen eigenverantwortlich weitere Verhandlungen mit den Sponsoren führen, so dass die Beteiligung der Stadt Halle in dem bisherigen Umfang nicht mehr erforderlich sei.

Abschließend bedankte sich **Herr Beigeordneter Kogge** bei der HAVAG sowie allen Beteiligten und der Oberbürgermeisterin bei der Problemlösung. In der Stadtratssitzung Oktober 2012 werde die Verwaltung den Stadtrat abschließend dazu informieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies auf die Festveranstaltung am 05.10.2012 zum Tag der Deutschen Einheit im Händel-Haus hin und bat die Stadratsmitglieder, daran teilzunehmen. Diese Veranstaltung stünde auch im Zusammenhang mit der 25 jährigen Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und Halle. Der Oberbürgermeister von Karlsruhe werde mit einer Delegation nach Halle kommen und einen Festvortrag halten. Zudem wurden auch die Freundeskreise beider Städte eingeladen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies zunächst darauf hin, dass die vor der Stadtratssitzung eingereichten mündlichen Anfragen durch die Verwaltung schriftlich beantwortet seien und den Stadträten vorliegen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Bartl und fragte nach der zukünftigen Verfahrensweise mit vorab eingereichten mündlichen Anfragen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die eingereichten mündlichen Anfragen im Vorfeld zu dieser Stadtratssitzung äußerst umfangreich waren und schriftlich beantwortet werden konnten. Sie schlug vor, die vorab eingereichten Anfragen und deren Beantwortung den Stadträten und den Fraktionen zukommen zu lassen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die Gefahr bestünde, zwei Kategorien von schriftlichen Anfragen zu haben. Aus diesem Grund sollte zukünftig nach anderweitigen Möglichkeiten gesucht werden, um die mündlichen Anfragen aufrecht zu erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass eine umfangreiche mündliche Beantwortung in der Sitzung zu den jeweiligen Anfragen oftmals nicht möglich sei. Insofern sollten wichtige umfangreiche mündliche Anfragen vorab an die Verwaltung gerichtet werden, damit zur Sitzung die Beantwortung vorliege. In der Stadtratssitzung selbst sollten dann nur aktuelle und dringliche Themen angefragt werden.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte im Zusammenhang mit dem TOP 7.14, ob es Schülern erlaubt sei, ihre Trinkflaschen in den Schulen an den bereits vorhandenen Trinkwasserstellen aufzufüllen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, machte darauf aufmerksam, dass die erlaubt sei und diese auch sehr gut genutzt werden. Die Trinkwasserstellen in den Schulen haben jedoch unterschiedliche Spender.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Einbringung der Vorlage hinsichtlich der Fördermittel im Kulturbereich. Im Zuge dessen fragte sie, ob die städtischen Fördermittel für das Festival „Impronale“ bereits freigegeben wurden und dankte dem Schirmherrn, Herrn Dr. Wiegand.

Darüber hinaus fragte **Frau Wolff** bezogen auf den heute stattgefundenen Streik der Beschäftigten des Sparkassen Call-Centers S-Direkt auf dem Marktplatz, inwieweit sich der Verwaltungsrat der Saalesparkasse in Halle damit beschäftigen müsse. Zudem fragte sie nach dem Standpunkt der Oberbürgermeisterin dazu.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte bezogen auf die Frage zu den Fördermitteln im Kulturbereich und des Festivals „Impronale“ eine unverzügliche schriftliche Beantwortung zu.

Bezugnehmend auf die Frage zum Streik der Beschäftigten von S-Direkt wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass unterschiedliche Sparkassenverbände Träger von S-Direkt seien. Die Saalesparkasse in Halle sei nicht Träger. Sie habe beim Ostdeutschen Sparkassenverband als einen der Träger auf die kritische Situation hingewiesen und auf eine Lösung gedrängt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, sich nach dem Sachstand beim Ostdeutschen Sparkassenverband nochmals zu erkundigen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte bezogen auf die anstehende Schöffenwahl in der Stadt Halle im kommenden Jahr, ob die Stadtverwaltung dafür entsprechend werben wolle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass auch die Fraktionen und Parteien hierfür mit verantwortlich seien und schlug vor, gemeinsam dafür zu werben.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, verwies auf eine Informationsvorlage aus dem Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF zu Nachträgern bei der Baumaßnahme Delitzscher Straße.

In Anbetracht dessen fragte **Herr Hildebrandt**, ob daraus eine Anpassung der Straßenausbaubeiträge für die Betroffenen resultiere und ob Möglichkeiten des Vertrauensschutzes für die Betroffenen bestünden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, ging zunächst auf die Verfahrensweise zu vorab eingereichten mündlichen Anfragen ein und konnte dieser nicht zustimmen. Entsprechend § 7 (4) der Geschäftsordnung sollen mündliche Anfragen, die zwei Tage vor der Sitzung des Stadtrates in der Geschäftsstelle Stadtrat schriftlich angekündigt wurden, in der Sitzung durch die Verwaltung beantwortet werden. Dies interpretiere er als mündliche Beantwortung. Anderenfalls könne zukünftig die fristgerechte Einbringung von 21 Tagen für schriftliche Anfragen übergangen werden und diese als mündliche Anfragen vorab eingereicht werden.

Darüber hinaus bemängelte **Herr Scholtyssek**, dass er keine Antwort auf seine vorab eingereichte mündliche Anfrage zum 20. Vergleich des Städteachters zwischen Halle und Magdeburg erhalten habe. Die Stadt Halle habe bei dem Vergleich zum sechsten Mal hintereinander verloren. Infolge dessen hatte er folgende Fragen eingereicht:

Welche Gründe sieht die Stadtverwaltung hierfür?

Wer vertritt die Stadt in dem Boot?

Wer wählt die Teilnehmer nach welchen Kriterien aus?

Gibt es Vorgaben für die Teilnahme von Mitgliedern der Stadtverwaltung und/oder des Stadtrates?

Wie erfolgt die Vorbereitung auf den Wettkampf (Trainingsdauer etc.)?

Welchen Optimierungsbedarf sieht die Stadtverwaltung, um den Vergleich auch wieder siegreich verlassen zu können?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte darauf aufmerksam, dass die Verfahrensweise zu den vorab eingereichten mündlichen Anfragen lediglich ein Vorschlag war. Die Verwaltung könne selbstverständlich die schriftliche Beantwortung nochmals mündlich vortragen.

Hinsichtlich der Anfrage zum 20. Vergleich des Städteachters zwischen Halle und Magdeburg merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass hierfür keine Dringlichkeit gegeben sei und sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, bezog sich auf das derzeit im Stadtteil Freimfelde stattfindende „All you can paint“-Festival im Rahmen des Projektes der „Freiraumgalerie - Stadt als Leinwand“.

Bezugnehmend auf die Bemalung an der Bahnhofsmauer merkte **Herr Scholtyssek** an, dass das neu angebrachte Kunstwerk ihm nicht gefalle und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Mit wem erfolgte eine Abstimmung, dass auch außerhalb des Viertels eine Bemalung stattfindet?

Hat die Deutsche Bahn AG ihre Zustimmung zur Bemalung der Bahnhofsmauer gegeben?

Gab es hinsichtlich der Bemalung an der Bahnhofsmauer eine Vorauswahl oder Bewertung des Kunstwerkes?

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, dass eine Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG erfolgt sei und diese dem zugestimmt habe. Der Verwaltung war die Nutzung der Bahnhofsmauer ebenfalls bekannt. Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass entsprechendes Material verwendet werde, so dass die Kunstwerke auch entfernt werden können.

Insofern sei das Projekt eine positive Darstellung sowie ein modern gestaltetes Willkommen und eine interessante Kombination. Dieses wurde mit hohem Engagement organisiert in Verbindung mit der Eingangssituation der Stadt Halle.

Hinsichtlich des neu angebrachten Kunstwerkes erklärte **Herr Beigeordneter Stäglin**, dass er davon ausgehe, dass dies mit dem Eigentümer entsprechend abgestimmt wurde. Hierbei bestünde die Möglichkeit einer temporären Kunst, bei der auch kein Entwurf abgenommen werde.

Seines Erachtens hatte das Projekt nach den vorangegangenen teilweise kritischen Diskussionen Ausstrahlung in die gesamte Stadt und darüber hinaus. Beispielsweise habe er am Bahnhof Südkreuz in Berlin einen Flyer von dem Projekt gefunden.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE., fragte nach den Gründen der Anbringung von Leitplanken an der Hochstraße. Seiner Auffassung nach könnten hinsichtlich der Kräfteübertragung Probleme entstehen.

Darüber hinaus wies **Herr Dr. Köck** darauf hin, dass in der Delitzscher Straße zwischen der Haltestelle Grenzstraße und Otto-Stomps-Straße für Fußgänger keine Möglichkeit bestünde, die Straße zu überqueren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, auf welcher Grundlage während des Salzfestes die Mahnwache der S-Direkt an der Ulrichskirche abgebaut wurde. Seines Erachtens hätte diese an dem Standort verbleiben können.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu und sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem Stand zum Vertrag mit der Bäder GmbH zur Betreuung der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße.

Des Weiteren fragte **Frau Haupt** nach dem Stand der Auszahlung von Fördermitteln für den Sozialbereich, wie z. B. für Beratungsstellen und der Begegnungsstätte „Schöpfkelle“. Seitens der Verwaltung wurde im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 13.09.2012 dahin gehend eine zeitnahe Beantwortung zugesagt. Diese habe sie bisher nicht erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados brachte bezugnehmend auf die zweite Frage zum Ausdruck, dass das Verfahren zur Auszahlung der Fördermittel unterzeichnet sei und diese aufgrund des freigegebenen Haushaltes sowie auf Grundlage des Beschlusses des Stadtrates nach pflichtgemäßem Ermessen ausgezahlt werden können. Sie könne sich nicht erklären, weshalb dies bisher nicht erfolgt wäre und sagte eine Prüfung zu.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte zur ersten Frage, dass sich nach Rücksprache mit der Stadtwerke Halle GmbH darauf verständigt wurde, ein Gutachten hinsichtlich des Personalbedarfs erstellen zu lassen. Dieses wäre fertiggestellt. Nach Auswertung dessen erfolge die Unterzeichnung des Vertrages.

Zudem erklärte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass die im Haushaltsplan eingestellten Mittel für die Schwimmhalle Robert-Koch-Straße zum jetzigen Zeitpunkt bereits überschritten seien. Insofern müssen zunächst die exakten Kosten erfasst werden und danach über die Bereitstellung von Personal, z. B. für den Eingangsbereich, nachgedacht werden.

Darüber hinaus merkte **Herr Beigeordneter Kogge** zur Frage der Auszahlung von Fördermitteln für die Begegnungsstätte „Schöpfkelle“ an, dass nach Prüfung die Auszahlung seines Erachtens angeordnet wurde. Er werde sich dahin gehend nochmals erkundigen.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 11 Anregungen

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE., regte an, die derzeitigen Maßnahmen an den Straßenbahnschienen in der Steinstraße, Ecke Hansering bis in die Große Ulrichstraße, Ecke Universitätsring weiter zu führen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bedankte sich zunächst bei Herrn Beigeordneten Stäglin für die schnelle Beseitigung der Pflasterschäden in der oberen Geiststraße. In dem Zusammenhang wies er darauf hin, dass in der oberen Kleinen Ulrichstraße ebenfalls Pflasterschäden vorhanden seien und regte an, diese ebenfalls zu beseitigen.

Weiterhin regte **Herr Krause** im Zuge der Antwort der Verwaltung zu TOP 8.26 zu Betreuungsplätzen für Kinder in der Stadt Halle an, eine zentrale Vergabestelle einzurichten bzw. nach einem angemessenen öffentlichen Vergabeverfahren zu suchen. Insbesondere für alleinerziehende Mütter sei es schwierig, den gewünschten Betreuungsplatz für Kinder zu erhalten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados machte deutlich, dass die Verwaltung bereits seit langem nach Lösungen, wie z. B. die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle, suche. Diese lassen sich allerdings nicht mit den gesetzlichen Vorgaben (Wunsch- und Wahlrecht der Eltern) vereinbaren, so dass seitens der Stadt keine Möglichkeit bestünde, dahin gehend einzugreifen.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, regte im Zusammenhang mit dem guten Ergebnis der Stadt Halle bei der Papier Recycling Quote an, zum Tagesordnungspunkt „Wiedervorlagen“ bei den Anträgen die Anlagen hinsichtlich der Abstimmungen und Beschlussauszüge der Fachausschüsse zukünftig wegfallen zu lassen. Bei Bedarf könne hierfür die zu jeder Stadtratssitzung vorliegende Übersicht mit den Ergebnissen der Vorberatungen (gelbe Liste) genutzt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados nahm die Anregung auf.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, regte an, sich auf die nächste Stufe des Förderprogramms STARK III gut vorzubereiten und aufzustellen, um dann auch entsprechend partizipieren zu können.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 36. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin